

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Insetate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühestens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 138.

Dienstag, den 16. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Warum ist unser täglich Brot so teuer?

Der Mensch gewöhnt sich an alles, so sagt man; aber daß er sich ans Hungern gewöhnt, ist weder natürlich, noch wünschenswert. Der Nachweis der Groß- und Kleinmarktpreise zeigt uns ein andauerndes Steigen der Lebensmittelpreise in Deutschland. Seit Jahren kämpfen wir gegen die übermäßige Teuerung des Fleisches; ebenso ernsthaft und in ihren Folgen zweifellos noch verhängnisvoller ist aber die außerordentliche Brotpreissteigerung. Man braucht nur die neuesten Berichte der Fabrikinspektoren durchzusehen, um die Folgen dieses Zustandes erkennen zu können; darin wird ein lauges Klagebuch über den Rückgang der körperlichen Tüchtigkeit unserer Fabrikbevölkerung angeführt, und selbst ein so wohlgezügelter Verein, wie der zur Förderung der Volkswohlfahrt hat vor nicht langer Zeit auf die alarmierenden Zeichen einer starken Degeneration nicht nur der städtischen, sondern auch gerade der ländlichen proletarischen Bevölkerung hingewiesen.

Worauf in der Hauptsache die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise im allgemeinen und die des Brotes im besonderen zurückzuführen ist, weiß ein jeder: Schuld daran trägt die Schutzollgesetzgebung, die ja den ausgesprochenen Zweck hatte, den Agrariern eine weitgehende Bemüherung des Volkes möglich zu machen. Durch den am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zolltarif sind die Zölle für Roggen von 3,50 auf 5 Mk. pro Doppelzentner gestiegen, die auf Weizen von 3,50 auf 5,50 Mk., die auf Gerste von 2 auf 4 Mk. und die auf Hafer von 2,80 auf 5 Mk. Die für die Beköstigung der Marinemannschaften notwendigen Lebensmittel sind, um ein Beispiel anzuführen, nach den amtlichen Ausweisen in den letzten fünf Jahren um rund 14 Proz. im Preise gestiegen. Wir brauchen in Deutschland zur Ernährung unseres Volkes im Jahre rund 145 Millionen Doppelzentner Brotgetreide. Da diese Menge in Deutschland nicht produziert werden kann, sind wir auf die Einfuhr angewiesen, die jetzt jährlich ungefähr 31 Millionen Doppelzentner ausmacht. Das sind 20 Proz. des gesamten Jahresbedarfs. Es ist nicht anzunehmen, daß in diesem Verhältnisse ein Wechsel eintritt, wie die folgende Statistik zeigt:

Jahr	Anbaufläche	Ernte	Bevölkerung
1894	Roggen 6044 568 Hektar	8 343 033 Tonnen	
	Weizen 1980 496	3 336 367	
	Zuf. 8025 064 Hektar	11 679 400 Tonnen	51,3 Mill.
1906	Roggen 6101 569	9 625 738	
	Weizen 1985 993	3 939 563	
	Zuf. 8087 562 Hektar	13 565 301 Tonnen	61,1 Mill.

Hiernach hat in den 12 Jahren von 1894 bis 1906 die Anbaufläche von Brotgetreide fast gar nicht, der Erntertrag um zirka 16 Proz. zugenommen, während die Bevölkerung um rund 20 Proz. gestiegen ist.

Bei einem so auf die Einfuhr angewiesenen Lande ist die Erscheinung einer immerhin starken Ausfuhr von Getreide auffällig. Sie betrug im Jahre 1905/06 zirka 22 Proz. der Roggen- und 11 1/2 Proz. der Weizeneinfuhr, im Jahre 1906/07 nicht weniger als 42 Prozent der Roggeneinfuhr und 14 Proz. der Weizeneinfuhr. Wir haben also einen starken Wechselverkehr von Getreide mit dem Auslande, und müssen untersuchen, welchen Zweck und welche Ursache er hat. Die Frage beantwortet sich sehr leicht. Die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland beruht auf einer volkswirtschaftlich und sozialpolitisch höchst anfechtbaren Maßnahme der Gesetzgebung und Verwaltung, sie stützt sich nämlich auf die sogenannte „Aufhebung des Identitätsnachweises“. Damit die Preise des Getreides und damit des Brotes immer auf einer für die Agrarier wünschenswerten Höhe gehalten werden, haben sie durchzusetzen verstanden, daß das Reich nicht nur für eingeführtes, daher mit Zoll belastetes Getreide den Zoll zurückvergütet, wenn es wieder aus irgend einem Grunde über die Grenzen hinausgeschafft wird, sondern das Reich muß jetzt für jeden ausgeführten Zentner Getreide den Zoll zurückvergüten, gleichgültig, ob es vorher eingeführt worden ist oder nicht. Die „Identität“ des ausgeführten Getreides mit einer gleichen Portion vorher eingeführten braucht nicht mehr nachgewiesen zu werden. Vom 1. Juli 1906 ab sind die erhöhten Zollsätze von Getreide bei der Ausfuhr in voller Höhe zurückvergütet worden, gleichviel, ob das Getreide ausländischer oder inländischer Herkunft war, ob dafür jemals Eingangszoll bezahlt worden ist oder nicht.

Die Zollämter zahlen die Rückvergütung bei der Ausfuhr über die Grenze nicht in barem Gelde. Die Regelung erfolgt vielmehr durch „Einfuhrscheine“.

Die Einfuhrscheine berechtigen zur zollfreien Einfuhr einer Warenmenge, die den gleichen Zollbetrag wie die ausgeführte Getreidemenge bei der Einfuhr zu entrichten haben würde. Das ist in der Weise geregelt, daß der Inhaber der Einfuhrscheine berechtigt ist, entweder innerhalb sechs Monaten die gleiche Menge der im Einfuhrschein bezeichneten Getreidegattung zollfrei einzuführen, oder nach Ablauf einer Frist von vier Monaten in den darauf folgenden sechs Monaten den Schein auf die Zollzahlung für andere Waren in Anrechnung zu bringen. Eine bare Herauszahlung auf die Einfuhrscheine wird zwar nicht geleistet, aber da sie jedem Inhaber, nicht bloß dem Ausführer des Getreides, angerechnet werden, so kann der Ausführer sie veräußern; ihr Preis wird fast dem Betrage gleichkommen, der für die Einfuhr der bezeichneten Getreidemenge zu zahlen gewesen wäre. Im Großverkehr ist ein solcher Schein so gut wie bares Geld.

Durch diese Rückvergütung wird also die Möglichkeit geschaffen, die Getreidemengen im Lande niedrig zu halten. Geringes Angebot bei steigender Nachfrage erhöht aber bekanntlich den Preis einer Ware.

Eine zweite Maßnahme der Behörden gestattet den Agrariern, den Vorteil dieser Vorratsverminderung voll auszunutzen; man hat nämlich bei den Eisenbahnen besonders günstige Ausnahmetarife für den Getreideexport sowohl nach den Seepässen wie auch nach den übrigen Grenzen geschaffen. Dieser besondere Ausnahmetarif ist um ein Viertel bis zur Hälfte niedriger als sonst die Fracht für Getreidetransport im Lande beträgt. So z. B. erhält jemand, der Weizen aus Mitteldeutschland nach der Schweiz ausführt, nicht nur 55 Mk. Zoll pro Tonne zurückvergütet, sondern hat außerdem noch eine Frachtmäßigung von 12,20 Mk. zu seinen Gunsten. Daher kommt es, daß das deutsche Getreide im Auslande erheblich billiger zu kaufen ist als im Inlande, zeitweise betrug diese Preisdifferenz 10 bis 30 Mk. pro Tonne.

Daß eine solche Politik das Lebensinteresse unseres Volkes auf das schwerste schädigt, liegt auf der Hand. Da aber die heute herrschenden Gewalten von der Ansicht ausgehen, daß die große Masse der Nichtagrarien nur dazu da ist, um den Latifundienbesitzern die Taschen zu füllen, so darf man sich über diese ungenügende Ausplünderungspolitik nicht wundern. Wenn es den Agrariern nur gut geht — die anderen dürfen gern Hunger leiden! Das ist der Standpunkt, auf dem die Regierung steht. Indessen geht es so nicht weiter. Wachsende Arbeitslosigkeit, Stockung des Geschäftslebens mit andauernder Steigerung der Lebensmittelpreise führen zu völlig unhaltbaren Zuständen. Es wird eine der dringendsten Aufgaben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments durch eine Interpellation über die Aufhebung des Identitätsnachweises für ausgeführtes Getreide und über die Ausnahmetarife auf den Eisenbahnen die Ursache des schmachlichen Brotwuchers wieder einmal vor aller Welt klarzulegen, um auf diese Weise durch Aufschmelzung der Opposition im Volke die Vorbedingung für eine Änderung der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis zu schaffen.

Koloniale Kulturpioniere.

In Bremen hatten sie sich dieser Tage wieder zusammengefunden, die Paasche, Arning, Hupfeld und wie die kolonialen Geschäftsmacher alle heißen, um zum „Wohl des Vaterlandes“ über die Förderung unserer teuren Kolonien zu beraten. Das Aushängeschild für diese ebenso edle wie gewinnbringende Tätigkeit gab die Deutsche Kolonialgesellschaft her, die unter dem Vorsitz ihres sächsischen Protektors, des Herzogs Albrecht von Mecklenburg, und in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs v. Lindemann als Vertreter Dernburgs ihre Hauptversammlung abhielt. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Eingeborenenfrage, die mit einem für einen Kolonialpolitiker relativ vernünftigen Referat des Konsuls Bohsen eingeleitet wurde. Der Redner zerstückte vornehmlich den Schwinkel, mit dem unsere Kolonialschwärmer besonders in der letzten Reichstagswahlkampagne den Singsang betrieben, daß nämlich die deutschen Kolonien als Siedlungsgebiete für die „überschüssige“ deutsche Bevölkerung besonders geeignet seien. Er stellte mit Nachdruck fest, daß sowohl Logo, wie Kamerun hierfür überhaupt nicht in Betracht kommen und daß auch Südwestafrika von einzelnen Kolonialkennern wegen seiner klimatischen Verhältnisse für gefährlich gehalten werde. Die Besiedlung mit Weißen scheide demnach dort aus. Aber auch der Plantagenbetrieb mit schwarzen Arbeitern unter Leitung von Weißen habe nicht im entferntesten den gehegten Erwartungen entsprochen, so daß eigentlich nur der Farmbetrieb durch Eingeborene übrig bleibe. Im übrigen wandte sich Bohsen noch scharf gegen die Redensarten von der angeblichen

Faulheit der Eingeborenen. Der Arbeitermangel auf den Plantagen könne leicht verringert werden, wenn man die Arbeiter angemessen bezahle und handle, denn dann drängen sich die Neger förmlich zur Arbeit.

Auf einen ganz andern Ton, den des rücksichtslosesten Herrenstandpunkts dunkelhafter Rassepolitiker, waren die Ausführungen der Mehrzahl der nachfolgenden Redner gestimmt. Schon das zweite Referat des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Arning gab einen Begriff von den eigentlichen Zielen unserer Kolonialschwärmer. Der Herr vertrat den Standpunkt, daß ohne den bekannten „leisen Druck“ eine Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit — und auf die Ausbeutung der Arbeitskraft der Neger kommt es den weißen Kulturpionieren ja ausschließlich an — nicht möglich sei. Wie dieser „leise Druck“ in der Praxis ausgeübt werden soll, dafür lehnte Herr Arning eine Erklärung ab. Solche Dinge führt man aus, spricht aber nicht davon! Immerhin konnte es dieser „vorzügliche“ Kolonialkenner nicht ganz unterlassen, von seinen Erziehungsmethoden wenigstens zum Teil den Schleier zu lüften. Er erklärte am Schluß seiner Rede unter dem lebhaftesten Beifall seiner Zuhörer:

Aber das eine muß ich sagen: Wenn wir auch das tun, wenn wir den Schwarzen alles angebeihen lassen, schwarz bleibt schwarz und weiß bleibt weiß. (Leb. Zustimmung.) Wir können anstellen was wir wollen, je gebildeter ein Schwarzer ist, wird er immer mehr das Gefühl haben, er sei der Beherrschte und wir die Beherrschten. Trockenes Pulver und starke Boma (Befestigungen) sind nötig, nicht um einzugreifen, sondern um zu verhindern, daß eingegriffen wird. Wenn wir das tun, werden wir in unsern Kolonien etwas schaffen, was dem Deutschen Reich im ganzen und den einzelnen Teilen seiner Bevölkerung wichtig und nötig ist.

Noch deutlicher wurde ein Dr. Hupfeld, Direktor der Deutschen Logogesellschaft, der auf jede ideologische Verhüllung der kolonialen Raubpolitik verzichtete:

Wir treiben Kolonialpolitik für uns Deutsche, nicht für eine fremde Rasse. Wir gehen nicht hinüber, weil sich dort die Schwarzen dann und wann aufgefressen haben, denn wir sind nicht der Allermelkschuhmann. (Getterkeit.) Wir freuen uns, wenn wir den Schwarzen Kultur bringen können, aber die Hauptsache ist uns der Vorteil des Vaterlandes. Wir müssen klar sein, daß wir es drüben mit niederen Rassen zu tun haben. Das Verhalten der Engländer sieht auf dem Papier anders aus als es in der Wirklichkeit ist. Es handelt sich darum: Wollen wir den Rassenunterschied aufrechterhalten oder nicht. Ich bin der Ansicht, daß er aufrechterhalten werden muß. Die Abteilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft hat zur Eingeborenenfrage folgende Thesen aufgestellt: 1. Kein Farbiger kann die deutsche Reichsangehörigkeit erwerben; 2. Kein Farbiger darf eine Stellung bekommen, in der er direkt oder indirekt Vorgesetzter von Weißen ist; 3. Ehen zwischen Farbigen und Weißen dürfen in den Schutzgebieten Standesamtlich nicht eingetragen werden. Kinder solcher Ehen gelten als Farbige. — Ich bitte den Vorstand, diese Thesen zu beraten und beantragen im übrigen, eine Entscheidung heute nicht zu fällen, sondern die Erörterung über diese Frage der nächsten Vorstandssitzung zu übertragen.

Und diese Thesen, die die rücksichtsloseste Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik gegenüber den Eingeborenen zum höchsten Prinzip erheben, wurden von der Versammlung durch Überweisung an den Vorstand der Kolonialgesellschaft akzeptiert, trotzdem vorher verschiedene Missionare und erfahrene Plantagenbesitzer vor der Anwendung jedes Zwanges gewarnt hatten. So wies der langjährige Farmer Perrot darauf hin, daß durch die bisher befolgte Politik gerade die starken, arbeitswilligen Neger zur Auswanderung nach den britischen und portugiesischen Schutzgebieten gezwungen worden sind, und der Missionsinspektor Schreiber erinnerte an die Menschenwürde der Eingeborenen. Das nützte aber alles nichts, die Gewaltpolitiker behielten die Oberhand und drückten ihren Willen durch.

Nach längeren Auseinandersetzungen über die Bodenpolitik in Südwestafrika, wobei von der Regierung eine Unterstützung des Bodenwuchers gefordert wurde, kam es am Schluß der Verhandlungen noch zu einem interessanten Intermezzo. Von der Abteilung Allenstein der Kolonialgesellschaft war der folgende Antrag gestellt worden:

In Erwägung, daß die nur zu begründenden Bestrebungen auf Hebung des Lebens- und Bildungsstandes der Eingeborenen ihre Begrenzung finden müssen, in der unbedingten Aufrechterhaltung unserer Herrenstandpunkts, daß daher Maßnahmen, die bezwecken, die Neger zur deutschen Kultur und Lebensführung heranzuziehen, in bedenklicher Weise unser Ansehen zu untergraben geeignet sind, spricht sich die Deutsche Kolonialgesellschaft dahin aus: daß in den öffentlichen und privaten Eingeborenenkolonien unserer Schutzgebiete die deutsche Sprache nur in beschränkter und zu genehmigenden Ausnahmetarifen gelehrt wird.

Der Antrag und ein zweiter ähnlich lautender wurden von einem Oberleutnant Döring und einem Dr. Hin-dorf-Charlottenburg begründet. Die beiden Redner sprachen mit rücksichtsloser Offenheit aus, daß man die Eingeborenen zur Arbeit erziehen müsse; eine Kenntnis der deutschen Sprache sei dazu nicht notwendig, ja im Gegenteil schädlich, weil die Neger dann vielfach etwas verstehen würden, was sie nicht verstehen sollten! Mit größerem Zynismus kann man die Bestimmung der Eingeborenen zu bloßen Ausbeutungsobjekten wahrhaftig nicht ausdrücken. Diese unverhüllte Brutalität war selbst den Machern der Kolonialgesellschaft zu toll, sie ließen die beiden Anträge deshalb gegen eine Minderheit unter den Tisch fallen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Wahlbündnis

Ist zwischen den Sozialliberalen (jetzige Demokratische Vereinigung) und unseren Genossen im Landtagswahlkreis Teltow-Land abgeschlossen worden. Von den beiderseitigen Wahlmännern wird zunächst der Name unseres Genossen Bernstein und dann der des sozialliberalen Kandidaten aufgeschrieben.

Über die Reichsfinanzreform

haben nach der „Nordd. Allgem. Ztg.“ am Freitag und Sonntag im preussischen Staatsministerium vorläufige Besprechungen stattgefunden. Die verschiedensten Kombinationen, die von den Blättern bezüglich der „Reform“ aufgestellt sind, entbehren nach dem genannten Blatte jeder Unterlage. Warten wir also ab, was kommt.

Agrarier und Heeresverwaltung.

Eine recht interessante Mitteilung wurde nach der „Köln. Ztg.“ auf der vor einigen Tagen abgehaltenen Mitgliederversammlung des Verbandes rheinpreussischer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Bonn über das Geschäftsgebaren der Heeresverwaltung gemacht. Es wurde nämlich „mit besonderer Befriedigung“ festgestellt, daß sich die Heeresverwaltung bereit erklärt hat, ihren ganzen Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten durch die Genossenschaften zu beziehen.

Sonach kauft die Heeresverwaltung „ihren ganzen Bedarf“ nicht nach kaufmännischen, sondern unter dem Einfluß der agrarischen Agitation nach politischen Gesichtspunkten unter Ausschaltung jedes anderen Mitbewerbers. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden förmlich monopolisiert ohne Rücksicht auf Preis- und Qualitätsverhältnisse.

Ist das kein Terrorismus?

Der bürgerlichen Presse Lübecks, die sich so fürchterlich über den angeblichen Terrorismus aufregt, der von der Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen geübt worden sein soll, sei folgende Tatsache zur eingehenden Beachtung empfohlen: Ein Mitglied des Kriegervereins Bruchmühlen im Wahlkreise Melle-Sburg, welches bei der Landtagswahl seine Stimme für die Wahlmänner des Zentrums kandidaten Amtsgeschäftsrat Reinhard-Melle abgegeben hatte, erhielt laut „Dsn. Volksztg.“ vom Präsidenten des Kriegervereins folgenden Brief:

Kriegerverein Bruchmühlen.

Bruchmühlen, 8. Juni 1908.

Da mir mitgeteilt worden ist, daß Sie in der diesmaligen Landtagswahl einen Kandidaten gewählt haben, welcher von (sic!) einem Kriegervereinsmitglied nicht zulässig ist, zumal Sie noch Vorstandsmitglied sind, nehme ich an, daß Sie Ihren Austritt aus unserem Verein selbst beantragen. Falls Sie daselbst nicht innerhalb acht Tagen gemacht haben, bin ich verpflichtet, Ihren Namen in unserer Liste streichen zu lassen.

gez. Steinmeyer, Präsident.

Wir fragen nunmehr: Ist das kein Terrorismus? Wir fragen weiter: Wird die hiesige bürgerliche Presse nun auch über den Präsidenten Steinmeyer ob dieses terroristischen Aktes herfallen oder nicht?

Soldatenschildereien.

Nach nacheinander sind zwei Prozesse vor Berliner Militärgerichten verhandelt worden, die Soldatenschildereien bei der Garde betrafen. In beiden Fällen war es charakteristisch, daß Kompanieoffiziere das Treiben der betretenen Schurken, die einen Soldaten in den Tod trieben, einen anderen zum Krüppel machen, einen dritten durch systematische Markern um den Verstand brachten, nicht bemerkten. Weiter ist charakteristisch, daß es sich in beiden Prozessen nicht um Einzelsfälle handelte, sondern jeweils um Hunderte von Mißhandlungen scheußlicher Art. Und bei beiden Prozessen war die erkannte Höchststrafe gegen die Besten in Menschengestalt — fünfzehn Monate Gefängnis, genau so viel, wie ein sozialdemokratischer Redakteur wegen eines historisch-kritischen Artikels über ein vor hundert Jahren stattgefundenes Ereignis erhielt.

Wir zweifeln nicht, daß, wenn der Kriegsminister im Reichstag über diese neuen Blüten eines alten Systems zur Rede gestellt wird, er sein Bedauern aussprechen, aber auf das Beschwerderecht hinweisen wird.

Dieses „Beschwerderecht“ kennen die Soldaten zur Genüge. Zum Ueberflus ist auch noch in den Verhandlungen ausgeführt worden, daß die Mißhandlungen vor der Beschwerde gemerkt wurden mit der dreifachen, aber leider nur zu begründeten Drohung, man würde sie auf die Festung bringen, wenn sie es wagten, sich zu beschweren.

Das „Beschwerderecht“, wie es in Deutschland besteht, bietet faktisch einen kaum nennenswerten Schutz gegen die sadistischen Folterknechte im Unteroffiziersrock. Hier kann nur das Recht der Notwehr helfen! Wenn diese ebenso feigen wie brutalen Halunken Gefahr laufen, beim Versuch einer Mißhandlung sofort verdienstmäßig zu Boden geschlagen zu werden, dann werden sie ihre perversen Triebe zu zügeln wissen. Aber daß das Notwehrrecht dem Soldaten zuerkannt würde, setzt voraus, daß man diesen als Menschen und nicht als eine

Schieß- und Stechmaschine ohne eigenen Willen betrachte. Hier liegt aber der Knoten: das preussische System kennt eben trotz der hochtrabenden Worte vom „Bolk in Waffen“ nicht zum Waffendienst berufene Bürger, sondern lediglich willenslose Wesen, die jedem Bink Gehorsam leisten und nach Befehl auf Vater und Mutter schießen müssen.

Der herrschende Kapitalismus verschärft womöglich dieses System noch, weil er in einer durch Kadavergehorsam zusammengehaltenen Masse seine letzte und stärkste Schutzwehr sieht; deshalb wird auch die Bourgeoisie trotz gelegentlichen Entrüstungsgeschreis nie etwas Ernstliches gegen die Schändung der Menschenvürde durch die Kaiserhoffotter tun. Wohl hätte sie die Macht dazu, aber der Wille fehlt.

Ein Geständnis.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behandelt weitläufig die Frage der Landtagswahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis. Dort hat das konservativ-nationalliberale Kartell gedroht, bei einer eventuellen Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Freisinn konservativ-antisemitisch zu stimmen, wenn nicht der Freisinn sich vorher auf eine national-liberale Kompromißkandidatur einigte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ Bülow's, nimmt zu diesem eblen Konkurrenzstreit keinerlei Stellung, sondern spricht nur ihr Bedauern darüber aus, daß es durch die Unnachgiebigkeit der einen oder anderen Partei der Sozialdemokratie möglicherweise gelingen könnte, den Sieg davonzutragen. Aber nicht diese krupellose Unparteilichkeit, sondern folgender Passus der Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist interessant. Das Bülow-Organ schreibt nämlich:

„In Moabit stehen die Dinge einfach so, daß das System unseres Landtagswahlverfahrens sich mit aller Klarheit zu bewähren haben wird und daß die bürgerlichen Parteien es ebenfalls werden tun müssen.“

Soweit dieser wahrhaft schandbare Stil Schlüsse auf den Sinn zuläßt, will das offiziöse Organ damit sagen, daß sich gerade bei der Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreis das infame Dreiklassenwahlsystem bewähren müsse! Daraus würde zu schließen sein, daß die Regierung keineswegs ernstlich an eine Wahlreform denkt! Wenn trotz dieser offiziellen Erklärung freisinnige Wahlmänner gegen den sozialdemokratischen Kandidaten und für reaktionäre Kandidaten stimmen, so beweisen sie damit nur, daß sie selbst eine Wahlreform, wenigstens in demokratischem Sinne, nicht wünschen!

Osterreich-Ungarn.

Zu einer blutigen Schlägerei kam es nach bürgerlichen Meldungen am Sonnabend in Prag zwischen Sozialdemokraten und National-Sozialisten und zwar in einem Vorstadtgasthause. Etwa zehn Personen wurden verletzt, davon vier schwer. Auch ein Wachtmann ist schwer verletzt.

Rußland.

In Tiflis herrschen jetzt anscheinend ziemlich erregte Zeiten. Aus Anlaß der Erregung wurden sämtliche Kassen der Staatsbank und alle Sparkassen geschlossen. Die Postämter haben alle Geldoperationen eingestellt. Eine Generalversammlung der „Patriotischen Gesellschaft“ hat an den Metropolitken von Petersburg, Antoni, telegraphiert und ihn gebeten, beim Zaren um Hilfe für die Russen, die erbarmungslos in Tiflis hingemordet würden, einzutreten.

Persien.

Die Lage. Aus Teheran wird unter dem 15. Juni berichtet: Gestern begann eine allgemeine Arbeitseinstellung. Dem königlichen Lager außerhalb der Stadt strömen täglich Streitkräfte zu. Das Parlament entsand ein Memorandum an den Schah, in dem er an seine königlichen Verpflichtungen erinnert wird und verschiedene Verfassungsbrüche aufgezählt werden. Schließlich ersucht das Memorandum, daß der Schah mitwirkte, um das Vertrauen des Volkes wieder herzustellen.

Seit zehn Jahren

flattert am heutigen Tage die rote Flagge der völkerbefreienden Sozialdemokratie ununterbrochen von den Türmen der alten Hansestadt Lübeck. Es war am Abend des 16. Juni 1898, als der erwartungsvollen Menge das Resultat der Reichstagswahl verkündet wurde, welches den glänzenden Sieg unserer Sache feststellte. Mit stolzer Freude und hellem Jubel nahm die aufgeklärte Arbeiterschaft Lübecks dieses Ergebnis ihrer unermüdblichen, vom schönsten Idealismus getragenen Agitationsarbeit auf, dabei gelobend, den Wahlkreis zu dem Ehrentitel einer festen Hochburg der Sozialdemokratie zu machen. Dies Gelöbnis ist gehalten worden bis auf den heutigen Tag. Trugwidrig widerstand die Feste im vorigen Jahre dem gewaltigen Ansturm aller Volksfeinde; es mußte nichts, daß man gegen sie mit dem schwersten Geschütz der Lüge und Verleumdung operierte. Die rote Flagge der Freiheit und Menschenliebe flattert lustig weiter im Winde.

Bereits im Jahre 1890 gelang es unserer Partei, den Lübecker Wahlkreis in ihren Besitz zu bringen. In der Stichwahl am 28. Febr. siegte unser Genosse Schwarz über den Rechtsanwalt Dr. Adolf Brehmer, doch glückte es bei den Wahlen von 1893 dem Bürgertum noch einmal, das Mandat zurückzuerobern. Zum letzten Mal, wie wir zuversichtlich hoffen. Dr. Heinrich Götz, der jetzige Wortführer der Bürgerschaft, an dessen Liberalismus zu glauben die Arbeiterschaft noch niemals irgendwelchen Grund hatte, ist der letzte Vertreter des kapitalistischen Lübecks im Deutschen Reichstage gewesen für alle Zeit.

Aber den Ausfall der Wahl des 16. Juni 1898 schrieb damals der „Lübecker Volksbote“ u. a.:

„Die rastlose Arbeit der Lübecker Parteigenossen hat herrliche Früchte getragen. Der 16. Juni ist für uns das geworden, was wir hoffen, was wir erwarten: ein Tag des Sieges. Wohl haben wir als bestimmt vorausgesetzt, daß unser Kandidat im ersten Wahlgange seine Gegner schlagen würde, aber ein so großartiges Resultat haben selbst unsere ärgsten Opti-

misten nicht erwartet. Genosse Schwarz, welcher nur wieder als Reichstagsabgeordneter für Lübeck nach Berlin gehen wird, erreichte 1830 Stimmen mehr als alle seine Mitbewerber. Die gegnerischen Parteien hatten zuversichtlich geglaubt, eine Stichwahl herbeiführen zu können, und der Umstand, daß sie drei Kandidaten aufgestellt hatten, war sicherlich geeignet, dies zu ermöglichen. Um so länger werden die Gesichter gewesen sein, als gestern die Ergebnisse bekannt gegeben wurden. Die Arbeiter hatten sich zu Tausenden im Vereinshause eingefunden, und endloser Jubel wurde laut, als die Ergebnisse der einzelnen Bezirke verlesen wurden. Besonders das Landgebiet hat sich dieses Mal über Erwarten glänzend bewährt. . . .

Aber auch die Stadtbezirke haben sich zum Teil prächtig herausgemacht, besonders unsere Domäne vor den Toren. Die fürchtliche Hoffnung, welche gewisse „Politiker“ auf die sogenannten „ruhigeren Elemente“ unter den Arbeitern setzten, sind elend zerschanden geworden. Gerade dort, wo anzunehmen gewesen wäre, daß diese „Ruhe“ ziffernmäßig nachzuweisen sei, vor dem Holstenore, hat Genosse Schwarz, der „Renommierarbeiter“ und der „biedersinnige Umstürzler“ so hohe Stimmengahlen auf sich vereinigt, wie nie zuvor. Ein Zeichen, wie schlecht die Herren die Arbeiter zu taxieren wissen. Das Klassenbewußtsein ist mächtig bei letzteren. Auch wo zeitweilig Verstimmung und Uneinigkeit herrschte, da verfliegt sie am Wahltage wie Rauch. Da ist die große Masse der Proletarier, wie die Ziffern beweisen, der Kleinhändler und Kleinhändler ein Herz und eine Seele. . . .

Ein heißer, lohnender Tag liegt hinter uns! Die Wahl hat gelehrt, was Organisation und Agitation zu leisten vermögen! Sie hat aber auch gelehrt, daß das Volk mit dem Stimmzettel zu antworten versteht auf Dinge, auf welche es im modernen Klassenstaat keine andere Antwort gibt. Das Volk hat eine vernichtende Antwort erteilt!

Ein Stimmengewinn seit 1893 von 2339! So erteilt das arbeitende Volk seinen Bedrückern Lektionen!

Diesen Siegesartikel brachte der „Lübecker Volksbote“ im Juni 1898. Inzwischen ist unsere Stimmengahl um weitere Tausende gewachsen. Doch auch die Gegner haben sich emporgerückt und eine völlig veränderte Situation herbeigeführt. Während es vor zehn Jahren in Lübeck noch bürgerliche politische Parteien gab, die einander befehdeten oder sich doch wenigstens den Anschein zu geben versuchten, als ob sie ihre Prinzipien gegen rechts und links vertreten wollten, gibt es jetzt nur noch eine reaktionäre Masse, deren Spitze der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie ist. Politische Ideale sind im hanseatischen Bürgertum nicht mehr zu finden. Nur der eine Gedanke, der eine Wunsch besetzt alle: die Sozialdemokratie um jeden Preis, selbst unter Anwendung der verwerflichsten Mittel, niederzuknüeten. Ein vergebliches Bemühen! Die Sozialdemokratie hat es verstanden, ihre Organisation auszubauen und zu verstärken. Ihre Mitgliederzahl sowie diejenige der Gewerkschaften hat eine Höhe erreicht, welche die eigenen Erwartungen übertroffen hat. Aber es gibt noch genug zu tun, wie die Reichstagswahl des Jahres 1907 bewiesen hat.

Die Lübecker Arbeiterschaft hat die Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß nicht nur die rote Fahne auch in Zukunft über Lübeck weht, sondern daß das sozialdemokratische Heer, welches sich um diese Fahne schart, die ganze werktätige Bevölkerung, die ganzen kleinen Händler, Handwerker und Beamten, kurz alle Kreise, die unter der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise leiden, umfaßt. Ferner muß die Arbeiterpresse in jedem Arbeiterhause zu finden sein. Dafür zu sorgen, gelobe sich jeder klassenbewußte Arbeiter am glorreichen 16. Juni.

P. L.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 16. Juni.

Achtung, Arbeiter! Aber die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Maifeier und Stellung einer Lohnforderung gemahregelt wurden.

Achtung, Steinseker und Hilfsarbeiter! Zuzug ist fernzuhalten nach Lüthjen, Dassow, Klütz und Neumünster.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüxterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung Maurer! Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten. — über den Stelbau der Firma Görner u. Seidenreich ist seitens des Zweigvereins der Maurer die Sperre verhängt.

g. Die Bürgerschaft trat am Montag zu ihrer ersten Vormittagsitzung in diesem Jahre zusammen. Die Präsenz des Hauses sowie des Vorstandes wiesen erhebliche Lücken auf — ein Beweis dafür, daß es endlich an der Zeit ist, mit allen Vormittagsitzungen aufzuräumen. Von den Mitteilungen des Senats war von Interesse ein Dekret, nach welchem dem Ersuchen der Bürgerschaft, Unfallstationen in und am Hafen zu errichten, nicht entgegen zu werden soll. Das Polizeiamt hat Erhebungen veranstaltet und kommt auf Grund desselben zu dem Resultat, daß die Errichtung von Unfallstationen auch schon mit Rücksicht auf die Kosten nicht angängig sei. Für solche Sachen hat man in einem sog. Kulturstaat kein Geld übrig. Es sollen nun einige Verbesserungen zur Beschaffung erster Hilfe bei Unglücksfällen geschaffen werden — Verbesserungen, die zwar, soweit sie ausgeführt werden, recht gut, aber lange noch nicht ausreichend sind. Es handelt sich hier um Leben und Gesundheit von Arbeitern und da darf man keine Kosten scheuen. Zweifellos bietet sich in der Bürgerschaft noch Gelegenheit, auf dieses Dekret eingehend zurückzukommen, und die vom Polizeiamt angeführten Gründe an der Hand von Tatsachenmaterial zu zerpfücken.

Eine lebhafte Debatte zeitigte der Senatsantrag auf Nachbewilligung für den Bau der Offizierskantine. Die für diesen nach unserer Meinung ganz überflüssigen Bau veranschlagten und von der Bürgerschaft bewilligten Kosten

und um die „Kleinigkeit“ von 25 778 Mk. überschritten. Als Begründung für diese Nachbewilligung werden alle möglichen Sachen, Tischlerlohn, Materialpreiserhöhungen um 50 Proz., schlechte Bodenbeschaffenheit zc. angeführt. Das sind größtenteils Sachen, die man vorher wissen mußte, wenn man nicht den Vorwurf der Leichtfertigkeit auf sich laden wollte. In sachkundiger Weise kritisierte unser Genosse M. S. K. die leichtfertige Aufstellung des Voranschlags für den Bau; weiter zerpflückte er die Begründung des Senatsantrages. Auch andere Redner fanden scharfe Worte in dieser Angelegenheit. Vom Senatstische wurde zugegeben, daß hier Fehler gemacht worden seien; man hatte aber auch gleich einen Trost bei der Hand: Das Auge der Beamten ist durch diese Überschreitungen geschärft worden. Wir befürchten, daß der Herr Senator den in Frage kommenden Beamten mit dieser Äußerung keinen Gefallen erwiesen hat. Genosse Schwarz fragte in ironischer Weise an, auf wessen Veranlassung man die Offizierspfeifeinstellung mitten in den Krähenteich hinein gebaut hat. Vom Senatstische konnte hierauf keine befriedigende Antwort gegeben werden. Genosse Wiffell zerpflückte treffend die Entschuldigungsrede, die vom Senatstische gehalten war. Mit Recht kritisierte Redner, daß der Tischlerlohn mit als Grund für die Überschreitungen herhalten müsse; man hätte damals die Arbeiten den Tischlermeistern übertragen können, die mit ihren Arbeitern in Frieden lebten. Wollte man auch das nicht, dann war noch der Weg der Übernahme der Tischlerarbeiten in eigene Regie offen. So sei der sonderbare Zustand eingetreten, daß streikende Lübecker Tischler, die in Neumünster arbeiteten, nach Lübeck geschickt wurden, um hier die Arbeiten an der Offizierspfeifeinstellung auszuführen. Der Meister in Neumünster hatte nämlich diese Arbeiten übertragen erhalten; der Staat mußte hierfür pro Arbeiter und Tag 1 Mk. mehr bezahlen, da es sich um auswärtige Arbeit handelte. Eine kleine Scharmachterrede hielt Herr Stender, der jedenfalls den Beweis erbringen wollte, daß er sich als Vorherrscher des Arbeitgeberverbandes sehr gut eignet. Daß Herr Stender den Senatsantrag verteidigen würde, war zu erwarten, da er unseres Wissens den Bau der Offizierspfeifeinstellung selbst mit ausgeführt hat! Also! Nach einigen kleineren Scharmachlern wurde der Antrag natürlich angenommen. Die Mehrheit der Bürgerschaft tanzt eben willig nach der Pfeife des Senats.

Bei Erörterung des Punktes: Herstellung von Radfahrwegen spielte der Streik der Eisenbahner eine Rolle. Troßdem der Streik beigelegt ist, wurde z. B. in der Fackelburger Allee noch keine Hand gerührt. — Interessant war ferner die Erklärung des Senatskommissars, daß wegen der 25 Pf.-Karten demnächst ein langer Bericht der Justizkommission an den Senat gelange. Wie der aussehen wird, kann man sich denken.

Eine kurze Debatte zeitigte der Antrag auf Errichtung von 20 neuen Zollaufsicherstellen. Genosse Stellung wendete sich scharf gegen die Senatsvorlage. Man wolle hier, lediglich um Militäranwärterstellen zu schaffen, die bisherigen 34 Hilfsaufseher, die erst vor einem Jahre angestellt seien, aufs Straßenpflaster werfen. Das Militäranwärterwesen müsse so viel als möglich bekämpft werden; deshalb ersuchte unser Redner um Ablehnung des Senatsantrages. Mehrere Redner stimmten mit unserem Genossen überein. Vom Senatstische wurde erklärt, daß Lübeck sich in einer Zwangslage befinde; der Reichskanzler fordere die Anstellung fester Beamten. Genosse Wiffell beantragte auf Grund der Erklärung des Senats, durch die sich die Sachlage wesentlich verändert habe, Kommissionsberatung. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Senatsantrag fand Annahme. Ein Antrag, nach welchem die tüchtigen Hilfsaufseher bei der Anstellung in erster Linie zu berücksichtigen seien, wurde gleichfalls angenommen.

Der wichtige Punkt der Aufhebung der Freischulen, zu dem ein Antrag auf Unerkennung der Volksschulunterrichts vorlag, wurde um 1/4 Uhr in Anbetracht der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

In treffender Weise begründete Genosse Wiffell den Antrag unserer Fraktion betr. die Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz. Scharf kritisierte unser Redner das Vorgehen des Senats, der bekanntlich die „Lübecker Anzeigen“ als einzigstes Publikationsorgan für öffentliche Versammlungen bestimmt, anscheinend, weil dieses Blatt so wenig gelesen wird. Die Überweisung des Antrags an den Bürgerausschuß wurde angenommen; denselben Weg geht der Antrag Klein, der alle Tageszeitungen zur Publikation zugelassen wissen will. — Dasselbe Schicksal widerfuhr einem weiteren Antrag des Genossen Wiffell, durch den der Senat ersucht wird, der Bürgerschaft ein Vorlage auf Errichtung eines Wöchnerinnenheims entgegenzubringen.

Um 2 Uhr war die äußerst reichhaltige Tagesordnung erledigt.

Die Differenzen der organisierten Bäckergefelln mit der Fahrentzuger Brotfabrik gaben Veranlassung zum Boykott über die Waren dieser Bäckerei. Wir haben im Laufe der vorigen Woche eine Zuschrift des Bäckerverbandes über diese Angelegenheit veröffentlicht. Nunmehr geht uns von der Fahrentzuger Brotfabrik ein Schreiben folgendes Inhalts zu:

Titl. Redaktion des Lübecker Volksboten, Lübeck.

In Ihrer Zeitung bringen Sie einen Artikel „Boykott über die Erzeugnisse der Fahrentzuger Brotfabrik“, und ersuchen wir Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

- 1) Der Tarifvertrag ist nicht am 26., sondern am 25. Februar 1908 geschlossen worden.
- 2) Es ist nicht wahr, daß wir darauf ausgegangen sind, einige der Streikenden nicht wieder einzustellen; es sind vielmehr sämtliche Leute eingestellt worden, zu deren Einstellung wir uns dem Verband gegenüber verpflichtet hatten.
- 3) Es ist nicht wahr, daß wir irgend welche Bestrebungen der sog. Gelben unterstützt haben.
- 4) Es ist nicht wahr, daß der Tarif von uns nicht inne gehalten worden ist; wir müssen erwarten, daß man öffentlich jede Einzelheit sagt, die nicht inne gehalten sein soll.
- 5) Es ist nicht wahr, daß wir kurz vor Ostern 2 Leute entlassen haben; es war dies kurz vor Pfingsten und zwar haben wir den beiden die Kündigung am 23. Mai pr. 30. Mai gegeben wegen momentanen Mangels an Arbeit.

Hochachtungsvoll
Fahrentzuger Brotfabrik
Aktien-Gesellschaft
vorm. Th. Severin.
Name unleserlich.

Die Leitung des Verbandes der Bäcker und Konditoren antworteten auf diese sog. Berichtigung nachstehendes:
Die Direktion der Fahrentzuger Brotfabrik G. m. b. H. vormals Th. Severin in Fahrenzrug in Holstein sieht sich veranlaßt auf Grund des von dem Gewerkschaftsartikel zu Segeberg verhängten Boykotts über ihre Fabrikate eine im Grunde genommen nichtsagende Berichtigung loszulassen und sehen wir uns veranlaßt, hierzu folgendes zu bemerken:

Un und für sich kann es ziemlich belanglos sein, ob der Vertrag nun am 25 und nicht, wie irrtümlich angegeben war,

am 26. Februar 1908 abgeschlossen worden ist; wenn die Firma aber in ihrer Berichtigung behauptet, sie habe alle die Leute wieder eingestellt, zu deren Einstellung sie verpflichtet war, so trifft das keineswegs zu. Im Verträge selbst heißt es ausdrücklich: bei etwaigen Neueinstellungen muß immer auf die im Streik Befindlichen zurückgegriffen werden, solange bis dieselben alle wieder untergebracht sind. Wenn sich nun die Organisation verpflichtete, einige der im Auslande Gewesenen selbst unterzubringen (und diesem Versprechen ist sie auch nachgekommen) so aber anders die Firma, welche, erst zu wiederholten Malen an ihr Versprechen erinnert werden mußte, die alten Leute wieder einzustellen. Bei diesem Vorstellungsverhalten glaubte man sich dann immer wieder Leute herausfinden zu müssen, die man nicht wiederhaben wollte. Da kann wohl schlechterdings von dem Erfüllen des gegebenen Versprechens nicht mehr groß geredet werden. Weiter versucht die Firma sich dagegen zu verwahren, daß sie irgendwelche Bestrebungen der sogenannten „Gelben“ unterstütze. Bei den erst kürzlich stattgefundenen Unterhandlungen bei der letzten Entlassung, die zu dem neuerlichen Konflikt führte, war es der Baumeister der Firma, der zugleich als Aktionär des Unternehmens ist, der den Vertretern der Organisation gegenüber erklärte: Wir müssen uns Nichtmitglieder des Verbandes zu halten versuchen, um uns vor einem späteren Streik zu schützen. Diese Arbeitswilligen haben nun eine Vereinigung gegründet, die im direkten Zusammenhang mit den „Gelben“ steht, und da kann man dann einen derartigen Anspruch doch nur als eine direkte Protektion der „Gelben“ betrachten. Aber auch sonst zeigt uns das ganze Verhalten der Firma, daß sie darauf bedacht ist, die der Organisation angehörenden Gesellen in ihrem Betriebsauszumergen. Bei der neuerlichen Entlassung wurde den vermittelnden Personen gesagt, wenn wieder Leute eingestellt werden, dann kommen die anlässlich des Streiks Entlassenen nicht in Frage, sondern die Entlassenen, welche seinerzeit bei dem Streik die Arbeitswilligen gemacht haben. Offenkundiger kann die Absicht, die Verbandsmitglieder los zu werden, nicht zum Ausdruck kommen; jeder wird zu der Überzeugung kommen müssen, daß man den ganzen Betrieb von den Organisierten frei machen will. Bei den nun zur Entlassung gekommenen Leuten schüßt man Arbeitsmangel vor, ein Vorgang, der sich in jedem Jahre zu dieser Zeit abspielt, nur mit dem Unterschied, daß zu der Zeit den Leuten dann immer die Ferien gewährt wurden, in diesem Jahre aber sucht man, obwohl sie tariflich festgelegt sind, sich um dieselben herumzubücken, indem man den Leuten einmal höhnisch sagte: „Ihr habt ja während des Streiks genug Ferien gehabt.“ Andererseits erklärte man aber den Leuten, man sei an die Ferien nicht gebunden, weil seit dem Streik ja ein ganz neues Arbeitsverhältnis eingetreten sei. Noch deutlicher ist aber wohl der Direktor Herr Severin selbst geworden, indem er erklärte: Ich muß mindestens versuchen, den Schaden vom Februar d. Js. herauszuwirtschaften, und das wird schon schwer halten; also da setzt man sich dann einfach über den Tarif hinweg. Weiter können wir anführen, daß die Abmachungen nicht eingehalten worden sind; man hatte vereinbart, daß die Leute alle wieder an ihre alten Plätze und mit ihren alten Lohnsätzen eingestellt werden sollten. Das ist nicht geschehen; manche haben sich geradezu eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse gefallen lassen müssen in Bezug des Arbeits- sowie Lohnverhältnisses. Dafür wurden die Arbeitswilligen vorgezogen. An der ganzen Berichtigung der Firma trifft das eine zu, daß versehentlich behauptet worden ist, die Entlassung sei vor Ostern, nicht wie geschehen, vor Pfingsten erfolgt, doch auch das spielt keine Rolle, man kann das nur als Wortklauberei betrachten. Soviel zunächst zur Steuer der Wahrheit.

Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands.

Sonderzug nach Hamburg. Am Sonntag, den 21. Juni, 8 Uhr 46 Min. vorm., wird ein Sonderzug von Lübeck (Bahnhof 3) nach Hamburg Hauptbahnhof (Abkunft 10.02) befördert, zu welchem Rückfahrkarten nach Hamburg und Wandsbek zum Preise von 3 Mk. für die 3. Klasse ausgegeben werden. Rückfahrt am Freitag mit allen Personen- und zuschlagfreien Sitzplätzen, bei Benutzung von Schnellzügen tarifmäßiger Zuschlag. Fahrtunterbrechung nur auf der Rückfahrt zulässig.

Öffentlicher Schlachthof. Betrieb im Monat Mai 1908. Es wurden geschlachtet im Monat Mai 1908: Ochsen 33, Bullen 115, Kühe und Stieren 734, fette Kälber 479, magerne Kälber 656, Lämmer 2, Ziegen 33, Schweine 2535, Schafe 213, Pferde 33, zusammen 4893 Tiere. Beanspruchungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper; gänzlich vernichtet: 3 Kühe wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen jauchiger Bauchfellentzündung, 1 Kuh wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1 Kuh wegen jauchiger Blutvergiftung, 1 Kuh wegen Entzündung der Nieren, Harnblase des Perzeus und mangelhafter Ausblutung, 1 Kuh wegen eitriger Blutvergiftung, 1 Schwein wegen eitriger Blutvergiftung, 1 Schwein wegen Gelbsucht, 1 Schwein wegen Lungenentzündung und wässriger Durchtränkung des Fleisches, 1 Schwein wegen Lungenentzündung mit hochgradiger Abmagerung, 1 Schwein (im Berenden getötet), 1 Ziege wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1 Ziege wegen Lungenentzündung und hochgradiger Abmagerung. 2. Auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen traumatischer Herzbeutelentzündung, 2 Kühe wegen mangelhafter Ausblutung, 1 Kalb wegen Gelbfärbung, 4 Kälber wegen mangelhafter Entwicklung. 3. Im Dampfdesinfektor getötet: 1 Kuh wegen Tuberkulose mit ausgedehnten Erweichungsherden, 1 Schwein wegen Tuberkulose mit ausgedehnten Erweichungsherden, 4 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Kalb wegen Tuberkulose, 1/2 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 2/3 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1609 1/2 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 652 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof unterfucht.

pb. Ein Schwindler. Am 3. d. Mts. erschien bei einer in der Nebenhofstraße wohnenden Pensionatsinhaberin ein etwa 25 Jahre alter, sich Theodor Nielsen aus Norwegen nennender angeblicher ehemaliger Student der Theologie, überbrachte die schriftliche Empfehlung eines an der hiesigen „Berlich School“ tätigen Lehrers und nahm ein Logis mit voller Pension. Er erzählte, sein Vater habe sich in Hamburg geschäftlich auf und werde am nächsten Tage nach hier kommen. Am nächsten Abend ging Nielsen fort, nachdem er seiner Wirtin etwa 7 Mk. schuldig geworden war, angeblich um seinen Vater von der Bahn zu holen, kehrte aber nicht zurück. Der angebliche Nielsen ist etwa 1,65 bis 1,68 Meter groß, hat blondes, gescheiteltes Haar, kleinen blonden Schnurrbart, graublau Augen, etwas aufgeworfene Lippen, spitzen Kinn, schmales Gesicht mit vorstehenden Backennochen, gelblich blaue Gesichtsfarbe und war bekleidet mit schwarzem, steifen Put, grauem Jackettanzug, schmalen braunen Bindenschlips und schwarzen Stiefeln. Er spricht gebrochen deutsch, aber gut schwedisch und englisch. In der „Berlich School“ hatte er sich zum Erlernen fremder Sprachen gemeldet, ist aber nicht zum Unterricht erschienen.

pb. Wem gehört die Tischdecke? Am 9. ds. Mts. wurde in einer Fensterische des Neubaus Watensmauer

Mr. I eine halb fertig gestickte Tischdecke gefunden. Die Decke mißt 1,90 X 1,70 m, ist aus braun- und grüngestreiftem Stoff gearbeitet und bestickt mit gelbem Garn. Der rechtmäßige Eigentümer der Decke wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 18./14. ds. Mts. wurde die am Landungssteig der Ginstelbafähre am Konstinplatz angebrachte Signallampe gestohlen.

Von einem Schlaganfall betroffen wurde die Ehefrau Ginstel, Posthof No. 8 wohnhaft, in dem Hause einer ihr bekannten Frau im Balauerhof Nr. 35.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Vielfachen Wünschen nachkommend findet morgen, anlässlich des Wallenbinderfestes, eine Fremden-Vorstellung statt, die um 7 1/2 Uhr beginnt und um 10 Uhr beendet ist; es ist somit den auswärtigen Theaterfreunden Gelegenheit zum Besuch dieser Vorstellung geboten. Zur Darstellung gelangt nochmals das Lustspiel: „Das blaue Band“. Die Preise sind für die Logen auf 75 Pf. und für die übrigen Plätze auf 50 Pf. ermäßigt. Donnerstag und Freitag geht wieder der Schläger dieser Spielzeit, die Groteske: „Gretchen“ über die Bühne.

k. Herrsburg. Sozialdemokratischer Verein. Am 14. d. Mts. fand beim Gastwirt Dechow-Herrsburg eine Parteiverammlung statt. Beschlossen wurde, für Herrsburg und Umgegend einen Sozialdemokratischen Verein unter gleichem Namen zu gründen. Nachdem der Vorstand gewählt war, wurden die Satzungen des 7. Mecklenb. Wahlkreises durchberaten und auch von unserm Verein angenommen. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 70. Die Versammlungen des Vereins finden vom 1. April bis 1. Oktober jeden 2. Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, vom 1. Oktober bis 1. April jeden 1. Sonntag im Monat, nachmittags 2 Uhr, in Herrsburg in Dechow's Gasthaus statt.

Kiel. Vier Marineangehörige ertrunken. Ein Unglücksfall, dem vier blühende Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich Sonntag nachmittag im hiesigen Hafen in der engen Einfahrt bei Friedrichsort. Die Torpedounteroffiziere Moritz, Weber, Schäfer, Köhler und Harm, von denen der letztere sein Steuermannsexamen gemacht hat, hatten von Friedrichsort aus in einer Marinegig eine Segelfahrt angetreten. Schon beim Leuchtturm sollte die Fahrt eine unliebsame Unterbrechung, die mittelbar die Katastrophe im Gefolge hatte, erleiden. Da stürmischer Wetter mit starken Böen herrschte, wurde das Boot beim Leuchtturm plötzlich auf die dort befindliche Sandbank getrieben. Da es nicht gelang, das Fahrzeug ohne weiteres wieder flott zu bekommen, sprang Moritz an Land, um es abzuschleppen. Dies glückte ihm auch; im selben Augenblick faßte aber eine Welle die Segel und ebe Moritz wieder ins Boot springen konnte, war es bereits abgetrieben und gleich darauf zum Kentern gebracht. Die vier Insassen wurden von dem Segel unter Wasser gedrückt und mußten elendiglich ertrinken. Es kamen zwar gleich mehrere Dampfer und Boote heran, doch war nichts mehr zu retten.

Lauenburg. Tödlicher Unglücksfall. Das Gespann des Domänenpächters Garbers schaute Donnerstag frühlich in hiesiger Stadt, durchraute die Gießstraße, kehrte dann um, schleuderte den Inspektor vom Wagen und raste herrenlos weiter. Hierbei überfuhr es die Frau des Bahnarbeiters Gustaf. Die Pferde fielen auf die Frau und verletzten sie so, daß sie starb. Auch die Pferde sind stark beschädigt. Der Inspektor wurde verhaftet.

Hamburg. Eine besonders rohe Bluttat wurde vorgestern in der Hafenstraße ausgeführt. Dort überfiel anscheinend aus reiner Lust zu rohen Gewalttaten der Hafenarbeiter M. Stadelmann einen anderen Arbeiter und brachte ihm Messerstiche an Rücken, an der Schulter und an den Armen bei. Der rohe Patron hatte vordem in einer Wirtschaft mit dem überfallenen einen Wortwechsel gehabt. Als er von Passanten ergriffen wurde, versuchte er, auch diesen Messerstiche beizubringen, was ihm aber nicht gelang. Der überfallene und schwerverletzte Mann wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Hensburg. Wegen jahrlässiger Zötung seiner Mutter verurteilt. Der Hochseefischer Niemann wurde von der Strafkammer wegen jahrlässiger Zötung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte eine geführte Kiste in die Stube gestellt; sein Sohn holte sie hervor, hatte aber dabei fest, so daß der Schuß losging und seine Mutter in den Kopf traf, die sofort tot war. Auch seine erste Frau hatte Niemann durch einen Unglücksfall verloren.

Güstrow. Vom Schwurgericht. In der ersten Sitzung des Schwurgerichts wurde verhandelt gegen den 40 Jahre alten, vielfach vorbestraften Albert Klatt aus Berlin. Der Angeklagte wird beschuldigt, in der Nacht vom 19. bis 20. März dieses Jahres beim Erbpächter Bürger in Brangendorf bei Tessin mittels Einbruchs, Einsteigens und Erbrechens eines Schrankes Kleidungsstücke, Bier, Butter usw. gestohlen und dann das Wohnhaus des Bestohlenen absichtlich in Brand gesetzt zu haben. Der Angeklagte bestreitet die Schuld. Das Urteil lautet auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Auch wurde Zulässigkeit von Polzeiaussicht ausgesprochen.

Letzte Nachrichten.

Gleiwitz, 15. Juni. Der Bergmann Michael aus Zaborze verwundete heute vormittag seine Frau durch einen Schuß tödlich, erschoss darauf seine Schwiegermutter, sowie die Schwester seiner Frau und brachte sich dann selbst einen tödlichen Schuß bei.

Dortmund, 15. Juni. Die Ehefrau Schmidt tötete nach einem vorausgegangenen Streit mit ihrem Gemann ihre beiden Kinder im Alter von drei und einhalb Jahren durch einen Schnitt in deren Hals. Darauf durchschnitt sie sich selbst die Kehle. — Bei einer Schlägerei in der Nähe Fredenbaums erschoss der Fuhrmann Lippe den Fuhrmann Ludmüller und verletzte dessen Bruder, einen auf Urlaub weilenden Soldaten, sowie den Fuhrmann Böttger Lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

Kaiserslautern, 15. Juni. In Mutterstadt wurde der „Pfälzischen Presse“ zufolge der Landwirt Kutz in der Nacht vor seinem Hause erschossen aufgefunden. Der Mörder ist noch nicht bekannt.

Lebach, 15. Juni. Der siebzigjährige Pfarrer von Wippach wurde gestern von einem 25jährigen Menschen durch einen Messerstich ermordet. Ein großer Gelddbetrag fehlt.

Madrid, 15. Juni. „Imparcial“ bringt Einzelheiten über den Untergang des Dampfers „Bille de Bruges“ auf dem Congostrom. 70 Passagiere sind ertrunken, 4 Europäer haben sich gerettet, fielen aber Menschenfressern zum Opfer. Ein Mechaniker entkam durch Schwimmen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Fahrrad-Reparatur- Werkstätte.

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig
ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moißinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Soeben ist in zweiter, neu durch-
gesehener Auflage erschienen

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.

Von Dr. C. Gebert.
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.

Joh. BOY, Königstr. 61,
bei der Fleischhauerstraße.
Telephon 115. Markt-
hallenstand 46. Mittwoch frisch eintreffend:
Kotzungen Pfd. 50 Pfg., Schellfisch 30 Pfg.,
Seelachs 20 Pfg., Kaviar Pfd. 25 Pf., große
und mittelbläuliche Goldbutt, leb. Aale,
Schleie billigst.

Heringskisten

Stück 10 Pfg.
August Schumacher.

WAISEN-HOF.
Morgen Waisenkinderfest:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 6 Uhr.

„Flora“

Am Waisenkinderfesttage:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Max Siems.

P. P.

Einem hochgeehrten Publikum von Lübeck und Umgegend hiermit die ergebene Anzeige,
dass ich den altbekannten, historischen

P o c k e n h o f

nebst Garten zur Bewirtschaftung käuflich erworben habe.

Es wird stets mein eifrigstes Bemühen sein, durch Darbietung nur allerbesten und zu-
gleich preiswerter Speisen und Getränke die mich beehrenden Gäste nach jeder Richtung hin
zufrieden zu stellen und bitte somit um zahlreichen Besuch.

Lübeck, Mitte Juni 1908.

Hochachtend
Christ. Schmull.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegen-
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im
Lagerhaus u. Expeditionsesch. Fischergr. 52.

Pfandhaus

A. Frankenthal
Lederstraße 1, I.

Dampfbäckerei „HANSA“

J. C. Junge & Co.

Gänzlich neu erbaut, auf das modernste eingerichtet, liefert
ein auf das sauberste hergestelltes Brot

zu äusserst billigem Preise.

Verkaufsstellen sind:

- Breitestraße 1 (Hauptgeschäft)
- Holstenstraße 4
- Hügstraße 24 (Haus Roepert)
- Königsstraße 121
- Dankwardtstraße 48
- Langer Lohberg 23
- Moißinger Allee 4
- Moißinger Allee 57 a (Ecke Maiblumenstraße).
- Meierstraße 25
- Fackenburg Allee 54
- Fackenburg Allee 90
- Warendorffstraße 21 (Ecke Geversstraße)
- Adlerstraße (Ecke Gloginstraße)
- Cronsforder Allee (Ecke Kolosseum)
- Wakenigstraße 116
- Petersstraße 1
- Sangereihe 8.

Man verlange in allen Verkaufsstellen Rote Rabattmarken
und
Legitimationskarten für die Sterbefall-Unterstützung.

Achtung!

Zentralob. d. Maurer.

Die
Mitgliederversammlung
am Mittwoch, den 17. Juni fällt aus.
Dieselbe findet statt
am Freitag, den 19. Juni.

Zu dieser Versammlung müssen
die Schlutupfer Kollegen ebenfalls
erscheinen.
NB. Die Baubelegierten werden ersucht,
Karten zum Sommerfest im Bureau in
Empfang zu nehmen.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!

(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum

Ausflug nach Mölln

am Sonntag, 21. Juni.

Abfahrt 1.31 Uhr mittags.
Fahrpreis Mit. 1.45.
Eintrittskarte 50 Pfg.

Das Komitee.

Stadthallentheater.

Mittwoch: Fremden-Vorstellung.
Außer Abonnement. Anfang 7 1/2 Uhr.

Das blaue Band.

Lustspiel in 3 Akten.
Logen 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.
Donnerstag:

Gretchen.

Kolonialwaren-Auktion

am Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr,
Breitestraße 24, I.

Wegen Aufgabe eines Kolonial-, Porzellan- und Glaswaren-Geschäftes sollen folgende
Sachen als: Gläser, Tassen, Tee- und Kaffeeservice, Vasen, Blumentöpfe, Aufsätze, Salzlächer,
Vorratstinnen, Kuppeln und Einmachehäfen, Waschgeschirre, Zeller, Löffel, Zuckerhaken,
große Posten Nippes usw. Abgewogene Kolonialwaren, Honig, Lichte, Seife, Kaffee, Feudel,
Tabak, Zigarren, Konserven, Früchte, Palmöl, Kumerol, gr. Posten div. Weine erster Firmen,
Stärke, Waschlauge, verschiedene Kaffeezusätze, Maisena und vieles ungenannte mehr, öffent-
lich meistbietend verkauft werden durch den

Auktionator und Taxator **Albert Mohrmann.**

Schmiedestr. 20. Tonhalle 20. Schmiedestr.

Programm für diese Woche:

Rache des Arbeiters. Der ungreifbare Taschendieb. Winter-
sport in Chamonix. Hähneraugenoperator. Ein guter Spaß. Die
calabrischen Räuber. Fatales Vergessen. Ein brasilianischer
Wasserfall. Pirassicaba. Die Tochter des Lumpen-
sammlers. Der Arzt des Schlosses.

Vorstehendes Programm haben wir gestern persönlich in Hamburg auf der Internationalen
Kinematographen-Ausstellung ausgeführt. Die Direktion.

St. Gertrud-Liedertafel. Sommerfest

verbunden mit
Konzert und Ball, Preisschießen für Herren, Damen- und Kindervergnügen
am Sonntag, den 21. Juni 1908, im „Restaurant Tiergarten“.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Preisschießen von 11-1 und 4-7 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 30 Pfg., wofür Garderobe.
Eintritt zum Konzert 10 Pfg. Das Komitee.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Oeffentliche

Volks-Versammlung

am Freitag, den 19. Juni 1908

abends 8 1/2 Uhr

im Restaurant zum „Weißem Engel“.

Tages-Ordnung:

Arbeiterschaft und Konsumgenossenschaft.

Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.

Zahlreichem Besuch, besonders seitens der Bewohner des
Mühlentors sieht entgegen.

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend.

„HANSA-HALLE“

Fackenburg Allee 100/104.

Heute Mittwoch: Waisenkinderfest:

Großes Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr.

Eintritt frei.

Ende morgen.

Über Quellen und Grundwasser. *)

Das aus der Tiefe der Erde emporquellende Wasser ist im Gegensatz zu dem fließenden Wasser der Bäche und Flüsse — von jeher mit dem Zauber des Geheimnisses umhüllt gewesen. Das gilt für die natürlichen Quellen mit ihren Nymphen und Nixen ebenso wie für den Quellenfischer mit seiner Wünschelrute. Mag dieselbe durch Ausschlagen in einer bestimmten Richtung den Durstigen den Weg weisen, mag das Erklingen und Erzittern eines Silberreißes Lage und Reichthum der sogenannten „Wasseradern“ angeben, jedenfalls ist — die Gutgläubigkeit des Quellsuchers vorausgesetzt — ein autosuggestiver Vorgang im Spiele. Denn im allgemeinen ist in unserm regnerischen Erdtrich das Wasserfinden ein ganz auskömmliches Unternehmen, das in 95 bis 98 unter 100 Fällen Erfolg verheißt.

Bei den Vorbereitungen zum Bau einer Erdbewehrwand in Breslau, die einen absolut trockenen Keller erfordert, konnte ich feststellen, daß es ganz wasserfreie Stellen in der weiteren Umgebung der Stadt überhaupt nicht gibt, und das gleiche gilt für den allergrößten Teil der norddeutschen Ebene. Man versteht also die staunenswerten Erfolge, welche das Wasserfinden mit der Wünschelrute in diesen Gegenden gehabt hat.

Der Wasserprophet hat in einem niederschlagsreichen Klima eine recht einfache Aufgabe zu erfüllen, besonders wenn der Boden, wie in Norddeutschland, aus abwechselnden Lagen von Sand und undurchlässigem Mergel oder Ton besteht. Wo undurchlässiges, wasserarmes Gestein, zum Beispiel Granit, den Untergrund bildet, ist das Wasserfinden schwieriger, und die Männer der Wünschelrute, welche zum Beispiel der Streckener und Trebnitzer Stadtverwaltung reiche Quellen verprochen, haben hier ein glänzendes Fiasko erlebt. Wiederholt und mit gleichem negativem Erfolg wurde an den Stellen geböhrt, welche die Wünschelrute bezeichnet hatte. Man hat wohl daran gedacht, daß manchen Individuen ein Witterungsvermögen für unterirdisches Wasser eigen ist, etwa derart, wie wir es z. B. an den Wölfen und Tieren der Steppe beobachten. Aber man wird mit Recht dagegen einwenden, daß die Kultur im allgemeinen die Sinnesfähigkeit abstumpft, nicht aber schärft. Vor allem aber fehlt in unserm vorwiegend feuchten Klima selbst für afrikanische Neger oder für amerikanische Prärie-Indianer die Vorbedingung der trocknen Luft, die notwendig wäre, um verborgenes Wasser zu „wittern“. Wenn wir aber feiner sehen, daß noch im 20. Jahrhundert dieselbe Wünschelrute verborgenes Wasser und verborgene Edelmetalle anzeigen soll, so werden wir den Gang zur Mystik oder gar zur Quackalberei für die wahre Unterlage des Wünschelrutenzaubers halten müssen.

Nur weniger einfach als für Sand und Mergel ist für das ansteigende Gestein die Frage zu entscheiden, in welcher Tiefe und in welcher Menge, mit welcher Temperatur und in welcher chemischen Zusammensetzung Wasser zu erwarten ist. Nur bei eingehender Kenntnis des geologischen Untergrundes können auch derartige Fragen erst vor Beginn der Bohrung mit einiger Sicherheit beantwortet werden.

Von welchen Vorbedingungen hängt nun das Vorkommen und das Auffinden des Trinkwassers und der Mineralquellen ab?

Das Wasser, das uns in Brunnen und Quellen aller Art entgegentritt, ist atmosphärischen Ursprungs. Regen,

*) Die obenstehenden Ausführungen sind dem Büchlein des bekannten Geologen Professor Dr. Fr. Frech entnommen, das jedoch unter dem Titel „Die Arbeit des fließenden Wassers“ (Mit zahlreichen Abbildungen. Preis 1. — Mk. in Leinwand geb. 1.25 Mk.) als 3. Band einer Serie von insgesamt 5 Bänden erschienen ist, die den Gesamtstitel führt „Aus der Vorzeit der Erde“, und die in der bekannten Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ erscheint. Diese Serie stellt eine kleine Enzyklopädie der Geologie dar, die, durch zahlreiche Abbildungen unterstützt, wegen ihres mäßigen Preises von zusammengeh. 5. — Mk. in Leinwand gebunden 6.25 Mk. warm empfohlen werden kann.

Der Mann im „King Edward“.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

„Guten gekommen,“ signalisierte der Bureauvorsteher, und Rentier Böckel trat ein. Das Haar des alten Herrn war inzwischen wieder gewachsen, auch der abgeschnittene Vollbart hatte sich zum großen Teil wieder erseht, er zeigte ein dunkelblondes, fast braunes Kolorit in der Grundfarbe, wies aber schon mannigfache Spuren von Grau und Weiß auf. Ich hatte meinen „Kollegen“ seit dem Abend bei dem Justizrat nicht wiedergesehen, er lebte in Frankfurt ganz verborgen in einem kleinen Gasthof einer Winkelgasse, hinter dem Römer, und war nur abends einige Minuten ausgegangen. Ich stand in Postur hinter der Tür und drückte ihm die Hand, als er hineinging.

„Das ist der Herr,“ erklärte Weingärtner verbindlich. Bitte, Herr Böckel — Herr Baron von Stolten — die Herren kennen sich noch nicht?“

„Der Herr Baron kommt mir allerdings bekannt vor,“ äußerte der alte Herr ruhig.

Der Baron wurde aufmerksam und warf einen prüfenden Blick auf den Ankömmling. Wahrscheinlich fand auch er etwas Vertrautes in den Zügen desselben heraus, denn er ließ dem ersten Blick einen zweiten, längeren folgen, worauf er sagte:

„Solche Ähnlichkeiten sind häufiger wie man denkt. Ich kann mich nicht erinnern, den Herrn —“

„Warten Sie,“ fiel ihm der alte Herr ins Wort. „Der Name Böckel ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, aber es ist auch nur ein Beiname. Mein wahrer Name ist Parras — Dr. Philo Parras.“

Stolten, der sich eben wieder niedergelassen hatte, erhob sich wie vom Blitz getroffen.

„Was soll das heißen?“ stammelte er.

„Bitte, behalten Sie Platz,“ animierte der Justizrat höflich. „Sitzt eine eigenartige Geschichte, Herr Baron, aber es wird Sie interessieren. Sie wissen doch, daß Ihr Herr Onkel, Dr. Parras, in Birkenhead ermordet worden ist: nun wohl, dem erbärmlichen Mörder ist eine kleine Verwechslung passiert. Nicht meinen alten Freund hier hat er vorzeitig aus der Welt weidert, sondern einen Be-

vor allem aber geschmolzener Schnee bringt in die Tiefe, sammelt sich auf undurchlässigen Schichten an und tritt alsdann entweder freiwillig als Quelle oder durch Menschenhand gezwungen als Brunnen zutage. Die unterirdische Verbreitung des Wassers folgt im wesentlichen den flach lagernden oder geneigten Schichten.

Als Grundwasser bezeichnet man die über der obersten undurchlässigen Schicht angesammelte Wassermenge. Besteht der Boden wie in Schlesien und in andern ausgedehnten Gebieten Norddeutschlands aus einer von undurchlässigem Mergel unterlagerten Sandschicht, so ist Grundwasser überall vorhanden, und die Wünschelrute hat leichte Arbeit.

Da der Sand die unterirdische Bewegung des Wassers erschwert, so zieht sich das Grundwasser über den unterirdischen Rippen des Mergels „hautartig“ in die Höhe, während es in unterirdischen Mulden der Mergeloberfläche mehr oder weniger tiefe Seen bildet. Letztere bleiben auch im trocknen Sommer oder nach langem Winter frost erhalten, während im Hochsommer und in langen Wintern die Grundwasserbrunnen über unterirdischen Erhebungen austrocknen.

Man spricht viel von „Grundwasserströmen“, und tatsächlich findet auch in einem neugegessenen Grundwasserbrunnen ein Zutreten von allen Seiten statt, wenn der Wasserspiegel in dem Rohre durch Pumpen erniedrigt wird.

Eine gewisse Bewegung des Grundwassers ist ferner in den ausgedehnten Grundwasserseen zu beobachten, welche die mit Sand („Talsand“) ausgefüllten großen Täler der norddeutschen Ebene anfüllen. Das Grundwasser steht zum Beispiel in den Kellern im Frühjahr hoch, während es im Sommer und Winter zurückgeht.

Man hat diesen Hoch- und Tiefstand des Grundwassers unmittelbar auf das Hoch- und Niedrigwasser des Flusses zurückführen wollen, aber dabei manches übersehen. Einmal treten in Mitteldeutschland die Schneeschmelzen und Frühjahrregen gleichzeitig mit den Hochwässern der großen Ströme auf. Man müßte also — streng genommen — sowohl die seitliche Infiltration vom Flusse her und das Eindringen des atmosphärischen Wassers von oben her für den hohen Grundwasserstand verantwortlich machen. Ferner lassen aber nur die Gerölle und groben Kieslager das Wasser unterirdisch frei zirkulieren.

Der Sand setzt, je feinkörniger er wird, der unterirdischen Wasserbewegung einen immer weiter steigenden Widerstand entgegen. Man hat durch genaue Messungen im Talsand der Ober oberhalb von Breslau festgestellt, daß bei starker Wasserentnahme die Absenkung des Grundwasserspiegels 7–8 Meter auf eine horizontale Entfernung von 40–50 Meter betragen kann, oder mit andern Worten: Auf etwa 6 Meter Entfernung senkt sich der Grundwasserspiegel um ein volles Meter.

Man wird hiernach in unsern großen Flußtälern weniger Grundwasser-„Ströme“ als Grundwasser-Seen zu suchen haben, deren Wasserstand von lokalen Strömungen und Schwankungen beeinflusst wird.

Mit den im Odertal bei Breslau gemachten Messungen stimmen die hydrographischen Karten, welche Details von dem Tale der Seine entworfen hat, vollkommen überein. Auch sie beweisen — trotz der völligen Verschiedenheit der sonstigen geologischen Verhältnisse — daß ein Sinken des Grundwasserspiegels nach dem Flusse zu stattfindet; so steht z. B. am Pariser Triumphbogen das Grundwasser 8 Meter höher als an dem zunächst gelegenen Punkte des Seine-Ufers. Grundwasserströme, die seitlich von dem höher liegenden Gelände in die Täler herabrinne, sind nur im Frühjahr nach der Schneeschmelze — so im Lohetal bei Breslau bei Ausdachtungsarbeiten — von mir beobachtet worden. Aber gerade hier ließ sich schon im Juni ein vollkommenes Versagen des Zuflusses nachweisen.

Eine Wasserversorgung — selbst kleinerer Gemeinden — darf also nicht auf Messungen derartiger vorübergehender Wassermengen begründet werden, wie sie etwa von März bis Mai vorhanden sind. Noch mehr Vorsicht ist naturgemäß bei den Vorarbeiten für die Wasserversorgung von Großstädten ge-

trüger, der ihn seiner Papiere beraubt und seinen Namen angenommen hatte!“

„Das ist — nicht wahr — ich meine, das ist unmöglich,“ rief der Baron mit beinahe heiferer Stimme, während seine Augen wie die eines Irren im Zimmer umherrollten.

„D, es sind schon ganz andere Dinge passiert,“ entgegnete der Justizrat in eisiger Tone: „Der Mörder hat den wirklichen Doktor Parras nicht gekannt.“

„Nur so ist es erklärlich,“ bestätigte Doktor Parras sich kaltblütig an den Tisch setzend. „Ich war gerade auf der Rückreise begriffen, und fuhr mit der Eisenbahn von Richmond nach Washington, als unser Zug mit einem von der anderen Seite daherbrausenden Eisenbahnzug zusammenstieß. Der Anprall war furchtbar, die Hälfte der Waggons war zertrümmert, die Zahl der Toten betrug, wie ich hinterher erfuhr, 16, die der Verwundeten gegen fünfzig. Ich lag einem älteren Herrn von respektablem Aussehen gegenüber, mit dem ich mich stundenlang recht angenehm unterhielt, wobei er so mancherlei von mir und meinen Verhältnissen zu wissen bekam. Wir Deutschen tragen nun einmal das Herz auf der Zunge. Bei dem Zusammenstoß erlitt ich eine schwere Gehirnerschütterung und außerdem erhebliche Verletzungen an Brust und Armen. Ich galt für tot und befand mich, als ich meine Bestimmung wieder erlangte, unter den Leichen. Meine Papiere und Dokumente waren verwunden, ebenso mein Ring, meine Uhr und mein Portemonnaie. Auch mein Koffer, der heil und ganz den Unfall überstanden hatte, er war von einem Herrn als sein Eigentum in Anspruch genommen worden, den ich nach der Beschreibung für mein Vis-a-vis erkannte. Er war es also wohl auch, der sich meine übrige Habe angeeignet hatte. Alles dies brachte ich erst viel später heraus, denn zunächst lag ich mehrere Wochen in einem Spital in Fredericksburg, die erste Zeit zwischen Tod und Leben. Ein Glück in Unglück durfte ich es immer noch nennen, daß der Herr eine größere Summe in Banknoten nicht entdeckt hatte, die ich eingetauscht in meinem Koffer bei mir trug. Immerhin war ihm ein ganz hübsches Sümmchen in die Hände gefallen, denn ich hatte kurz vorher den ganzen Teil des Betrages erhoben, der von meinem für die Reise vorgesehenen Gelde übrig war. Endlich wieder genesen, dachte ich eben daran, Anzeige zu erstatten, als ich in einer Newyorker Zeitung von der Ermordung des Doktor Parras

boten. Die Breslauer Grundwasserleitung, deren Vorbereitung nur von Hydrologen, ohne jede Befragung von Geologen, geleitet wurde, bietet hierfür ein warnendes Beispiel.

Die sorgfältige Feststellung des Wasserquantums während nasser und trockner Jahreszeiten und während mehrerer Jahre bildet den Ausgangspunkt der Vorarbeiten einer Grundwassererforschung.

Gleichzeitig stellt sich die bakteriologische und chemische Untersuchung (deren Besprechung hier nur angedeutet werden kann) der geologischen Aufnahme des Geländes zur Seite.

Es können Kalk und Magnesia im Wasser gelöst sein, und das Vorhandensein dieser für die menschliche Gesundheit unschädlichen Stoffe erschwert nur die Benutzung des Wassers für Fabrikzwecke, da sich beim Erhitzen Kesselstein in größerem Maße absetzt. Von Metallen ist Brauneisenstein fast immer im Wasser enthalten, kann aber, selbst wenn größere Beimengungen in Frage kommen, durch Vertiefung auf Koksflächen leicht abgetrennt werden. Unwillkommen ist das dem Eisen verwandte Mangan, das stärkere (schwarze) Farbwirkung hervorruft und dessen Ausfällung nur auf chemischem Wege möglich ist.

Noch unwillkommener sind Säuren im Boden, so Salpetersäure sowie die noch gefährlichere salpetrische Säure, deren Vorhandensein auf organische Zersetzungsvorgänge in Fäkalien, Stallmist und andern unerfreulichen Stoffen hinweist. Ebenso wenig dürfen Schwefelsäure und Chlor in irgendeiner erheblichen Menge im Gebrauchs- oder Trinkwasser enthalten sein.

Die Verbreitung von schädlichen Bakterien im Untergrund unter Städte ist durch die neuern Kanalisationsanlagen in sehr erheblicher Weise eingeschränkt worden. Früher hing die Verbreitung der Epidemien oft ganz unmittelbar von dem Stande des Grundwassers ab. So wurde Magdeburg durch furchtbare Cholerafälle heimgeführt, die sich aber auf einen Teil der Stadt beschränkten. Es ergab sich nun das merkwürdige Verhältnis, daß die Verbreitung der Cholera nur so weit reichte, wie ein undurchlässiges Gestein (Magdeburger Grauwacke), auf dessen hochstehendem Grundwasser die Cholerabazillen sich in großer Zahl aufhielten und die Brunnen verseuchten. In dem auf sandigem Untergrund erbauten Stadtteil (das heißt über tiefem Grundwasser) kamen nur vereinzelte eingeschleppte Cholerafälle vor.

Bei der Grundwassererforschung großer Städte in dem Bereiche des Talsandes spielt die Durchlässigkeit des letzteren im Falle der Hochwässer eine Hauptrolle. Besteht der Sand grobe Beschaffenheit, wie bei Dresden, so läßt er große Mengen von Bazillenkeimen hindurch, und das Wasser muß vor der Verwendung besonders sorgfältig filtriert werden. Ist der Sand dagegen fein, wie in der Odeniederung, so hält er von selbst die mikroskopischen Schädlinge zurück. Die große Seltenheit der Bazilleneime, die auch nach Überschwemmungen im Breslauer Leitungswasser beobachtet wurden, ist — abgesehen von geologischen und andern Erwägungen — der schlagendste Gegenbeweis gegen die Hypothese, daß Mangan und Eisen vornehmlich durch das Hochwasser von oben her in das Breslauer Grundwasser gelangt seien.

Soziales und Parteilieben.

Bildungsarbeit der Gewerkschaften. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband gibt jetzt für seine tätigen Gewerkschaftsmitglieder eine monatlich erscheinende Zeitschrift: „Der Zeitgeist“, heraus. Die irgendeine für die Organisations-tätigen Genossen erhalten es unentgeltlich. Im Buchhandel ist dieses Bildungsorgan nicht erhältlich. Die Herausgabe dieser Monatschrift ist ein sehr glücklicher Ausweg aus einer Schwierigkeit. Wiederholt wurden auf General-Versammlungen Wünsche laut, die „Metallarbeiter-Zeitung“ auszubauen und mehr belehrende Aufsätze, die sich zu Vorträgen und Diskussionen in Mitgliederversammlungen usw. eignen. Da aber in einer so umfangreichen Organisation, wie es der Metallarbeiter-Verband ist, der Raum des Ge-

in Birkenhead las. Nach der Beschreibung war ich selber der Ermordete, was mich nicht wenig in Erstaunen setzte! Der Betrüger, welcher mich beraubte, hatte sich meiner Papiere bedient, er war unter meinem Namen aufgetreten, was nicht schwer war, denn die Personalbeschreibung in den Pässen ist ja leider so allgemein gehalten, daß sie auf jede dritte und vierte Person paßt. Er war ungefähr in meinem Alter, von ziemlich gleicher Größe, mit ähnlichem Haar und Bart. Wer uns zusammen gesehen hätte, würde allerdings wenig übereinstimmendes gefunden haben, aber die vagen Angaben eines PASSES legen nur auf allgemeine Kennzeichen Wert. Sein Bart war voller und ergauer, als der meine, sein Haar mehr braun als blond, er war etwas größer und doch dabei schwächer als ich. Die Frage war nun: hatte es der Mörder auf mich oder wirklich auf die Person abgesehen, welche sichtlich meinen Namen usurpierte? Wenn ich das Opfer sein sollte, so war ich durch das Eisenbahnunglück, so hart es mir auch mitspielte, vor einem viel glücklicheren Schicksal gerettet worden. Aber in diesem Falle war ich meines Lebens nicht sicher! Der Mörder würde, sobald er seinen Irrtum erkannte, wahrscheinlich nicht zögern, seinen Fehler zu verbessern, ich wüßte ja gar nicht, wer er war und was für Motive ihn leiteten! Deshalb hielt ich es für klug, einen anderen Namen anzunehmen und selber nach Liverpool zu reisen, wo sich mir die Gewißheit aufbrängte, daß der Streich in der Tat auf mich gemünzt war! Den Betrüger hatte mein Neffe, der mich nur einmal, als er noch Kind war, gesehen, in aller Gemütsruhe als den wahren Doktor Parras anerkannt; ich war berausend und abgetan! Es erschien mir vorteilhaft, den Doktor Parras auch vorderhand in seinem Grabe ruhen zu lassen, um dem Rentier Böckel — der ich jetzt war — um so gewisser das Leben zu erhalten. Ich riskierte zwar einen Vermögensnachteil, aber das Leben stand mir doch noch höher, ich beschloß, herauszubringen, wer mein Mörder war und weshalb er mich ermordet hatte, erst nach Erreichung dieses Zieles gedachte ich mit der Wahrheit hervorzutreten! Nur mein alter Freund Weingärtner hier und der Chef der Frankfurter Polizei wissen um das Geheimnis!

Baron Mario von Stolten saß beweglos, die vorher vagierenden Blicke finster zu Boden gesenkt.

„Und — haben Sie den Mörder entdeckt?“ fragte er lauernd.

„Sie wissen doch, Herr Baron, daß man eine junge

Werkstofforgan fast vollständig für die unumgänglich notwendigen alltäglichen Organisationsarbeiten gebraucht wird, so war die Herausgabe eines besonderen Organes zur Erweiterung der Bildung der Mitglieder ein glücklicher Gedanke. Das Organ soll zugleich ein Diskussionsorgan für alle tätigen Verbandsgenossen werden.

Aus dem Inhalt des 1. Heftes heben wir folgende Beiträge hervor: G. D. Versteine: Unterschiede im Charakter der englischen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung. — K. H. G. Calwer: Arbeitgeber-Organisationen und Kartelle. — Alexander Schlichte: Zur Frage der gewerkschaftlichen Taktik. — M. Schippel: Kulturarbeit in den Transvaalgruben. — Karl Severing: Tarifverträge in der Schiffbauindustrie im Reichstage. — Wolfgang Peine: Das neue Vereinsrecht. — Wilhelm Bloß: Vor sechzig Jahren. — Dr. L. Borchardt: Atome und Elektronen usw.

Man kann dem Metallarbeiter-Verband zu diesem Bestreben, Bildung und Velehrung unter seinen Mitgliedern zu verbreiten, nur gratulieren. Die Parteiliteratur und die Parteipresse wird indirekt davon auch einen Nutzen haben. Denn wer systematisch daran gewöhnt wird, zu lesen und zu denken, der wird auch ein politischer Mitkämpfer sein oder werden.

Das Maßregeln geht schon los. Wir besprachen vor einigen Tagen das Geheimzirkular der bayerischen Metallindustriellen, das eine Kriegserklärung gegen die organisierten Beamten und Ingenieure der Privatindustrie enthält. Die Maschinenfabrik Augsburg (Nürnberg), die sich rühmen kann, zwei Drittel ihrer Arbeiterchaft „freiwillig“ zum Beitritt in den gelben Arbeitswilligenverein gebracht zu haben, geht auch in den Niederkämpfung der Beamtenorganisation bahnbrechend voran: 20 Ingenieure und Techniker, die sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation, die nicht auf gelbem Boden steht, mißlieblich gemacht haben, haben zum 1. Juli die Kündigung erhalten.

Bauarbeiterchutz. Der liberale Stadtmagistrat in Rempten hat den Antrag des dortigen Gewerkschafts-fattells auf Anstellung eines Baukontrollors aus Arbeiterkreisen abgelehnt, weil die Bauunternehmer erklärt hatten, es liege hierfür kein Bedürfnis vor, und weil in den letzten zwei Jahren „nur“ 158 Bauunfälle vorgekommen seien. — Einige Tage nach Ablehnung dieses Antrages stürzte ein Bauarbeiter ab; er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Grund des Unfalles: fehlende Schutzvorrichtungen!

Wie es um die gefährdete Existenz des Arbeiters bestellt ist, dafür liefert die Glasfabrik Gebr. Hirsch in Pirna ein Beispiel. Ein seit dem 6. Juni 1891, also volle 17 Jahre bei dieser Firma beschäftigter Arbeiter, kam am 15. April d. J. beim Abblenden von Kohlen zu Schaden. Die Vortwand der Lowry fiel ihm auf den Rücken und machte ihn arbeitsunfähig. Nachdem der Arbeiter wieder hergestellt war, kam er in den Betrieb, um seinen alten, 17 Jahre innegehabten Posten wieder einzunehmen. Zwei Tage vor dem Pfingstfeste ging ihm folgendes Schreiben zu:

Herrn . . .
Infolge Betriebs einschränkung erhalten Sie am heutigen Tage Ihre Kündigung.

Franz Dreßler, Hüttenmeister.
Der jetzt 54 Jahre alte Arbeiter, der seine Kräfte 17 Jahre lang dem Betriebe geopfert und den Reichtum des Unternehmers vermehren half, wird nun, nachdem seine Kräfte verbraucht sind, auf die Straße geworfen. Da er nicht leicht einen Arbeitgeber wiederfinden wird, kann er betteln gehen. Doch was kümmert das den Unternehmer. Er findet genügend Ersatz an jungem Menschenmaterial. Gätte der Arbeiter vielleicht noch einige Jahre mitarbeiten können, wäre ihm schließlich auch eine Ehrenurkunde für Treue in der Arbeit überreicht worden.

Arbeitsnachweisfunktion der Unternehmer. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände lader für 27. Juni nach Berlin zu einer Arbeitsnachweisfunktion ein. Die Tagesordnung umfaßt unter anderem: Die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter in der Industrie (Berichterfatter: Herr Regierungsdirektor Dr. Bodenstein, Essen), die Stellung der Arbeiterorganisationen zu den Arbeitsnachweiser (Berichterfatter: Herr E. Roisch-Geminnig), der Arbeitsnachweis im Buchdruckgewerbe (Berichterfatter: Herr Generalsekretär Dr. Wagner-Berlin), die Förderung auf Schadensersatz bei Arbeitsunfällen (Berichterfatter: Herr Syndikus Dr. Längler-Berlin). — Die Unternehmer streben danach,

den Arbeitsnachweis vollständig in ihre Hände zu bekommen zu dem Zwecke, durch den Nachweis die Ausperrung der durch schwarze Listen Verfertigten wirksam durchzuführen. Die Arbeitsvermittlung soll mehr eine Arbeitsverhinderungsstelle werden.

Die Behandlung politischer „Verbrecher“ wird bekanntlich in Deutschland nicht einheitlich gehandhabt. Anders wie die Lynar, Hohenau, Eulenburg, Krenberg und Genossen werden sozialdemokratische Redakteure in Gefängnis behandelt. Allem aber, was man bisher auf diesem Gebiete in letzter Zeit gehört hat, steht die Krone auf, was soeben der preussische Justizminister gegen den Genossen Hans Markwald in Königsberg verfügt hat. Markwald verbüßt seit vier Wochen seine Gefängnisstrafe von 15 Monaten wegen Majestätsbeleidigung; er wurde bisher, entgegen dem § 16 der Straf-Prozessordnung, mit Rehestricken beschäftigt! Auf seine Beschwerde hat jetzt der Justizminister dem Genossen Markwald eröffnet, daß jede Selbstbeschäftigung verweigert werde! — Fünfzehn lange Monate soll also unser Genosse wie ein gewöhnlicher Verbrecher behandelt werden! Der Justizminister wird also wohl der erste sein, dem unsere neuen Landtagsabgeordneten sofort bei Beginn der Tagung ein Länzchen aufspielen haben werden. Der Verteidiger Markwalds, Genosse Haase-Königsberg, wird ferner dafür sorgen, daß die ungeheuerliche Strafverschärfung gegen M. auch im Reichstage gebührend gebrandmarkt wird.

Straffkonto der Arbeiterbewegung. Gegen Genossen wurde wegen ihrer Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung im Monat Mai 1908 von deutschen Richtern auf 10 Monate 3 Tage Gefängnis und 3421 Mk. Geldstrafe erkannt.

Aus dem Gerichtssaal.

Skandalprozess gegen eine Ordnungsführer. Vor der Berliner Strafkammer begann vor einigen Tagen die Verhandlung gegen den 58-jährigen Schriftsteller Dr. phil. Hermann Viktor Kiedel, der des wiederholten Sittlichkeitsverbrechens an Mädchen unter vierzehn Jahren, der Verführung unbescholtener Mädchen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, und der Verleitung zum Meineide beschuldigt ist. Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Lieber, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schindler, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Mberg und Hillebrandt. Der Angeklagte ist am 23. März 1863 in Posen geboren und sitzt seit dem 12. März d. J. in Untersuchungshaft. Als Sachverständige sind Gerichtschreiber Dr. Jeserich und Medizinalrat Dr. Hoffmann geladen. Unter den mehr als 80 Zeugen befinden sich viele junge Mädchen niederen Standes, die Kriminalkommissare Dr. Kopp und Hoppe, die Kriminalschlichter Stierhütter und Kontor, seine Pastoren und Pastoren usw. Der Angeklagte ist schon seit Jahren bei der Polizei im Verdacht, in seiner luxuriös ausgestatteten Wohnung die unstetlichsten Dinge mit jugendlichen Personen weiblichen Geschlechts begangen zu haben. Schon im Jahre 1903 kam zur Anzeige, daß er zwei dreizehnjährige Mädchen in seine Wohnung verschleppt und seinen Lüsten dienstbar gemacht habe. Nach den Mitteilungen, die einzelne der Mädchen der Polizei gemacht haben, soll die Sache gewöhnlich damit begonnen haben, daß der Angeklagte die Mädchen in der Friedrichstraße oder in der Passage ansprach und ihnen eine ganz harmlose Einladung zum Kaffeebesuch in seiner Wohnung unterbreitete. Folgten die Mädchen dann dieser Einladung, dann soll ihnen ein starker süßer Wein und Likör vorgelegt und die Mädchen durch diese leicht berauschten Getränke in große Erregung versetzt worden sein. Der Angeklagte soll, so wird weiter behauptet, dann durch lästern Gespräche, schmutzige Witze und unzüchtige Darstellungen verstanden haben, die Erregung zu steigern, bis er die Mädchen dann völlig unter seinen Willen gezwungen hatte. Es wird behauptet, daß er solche „Kaffeebesuche“ wiederholt von denselben Mädchen erhielt und daß er durch die einmal mit ihm in Verbindung kommenden Mädchen sich immer wieder neue zuführen ließ. Einzelne soll er durch Eheversprechen an sich zu fesseln verstanden haben und wenn er ihrer überdrüssig wurde, soll er ihnen kaltsblütig den Laufpaß gegeben haben. Eine dieser in ihren Hoffnungen Verroffene ist ins Wasser gegangen. Auch ein anderes Mädchen ist freiwillig in den Tod gegangen und dieses Ereignis hat den Stein ins Rollen gebracht. Die Verleitung zum Meineide, die dem Angeklagten durch die

Anklage zur Last gelegt wird, soll darin bestehen, daß er versucht haben soll, durch Beschimpfungen und Bedrohungen einige Mädchen von einer wahrheitsgemäßen Aussage abzubringen. Die Verhandlung findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dem Vernehmen nach vertritt der Angeklagte den Standpunkt, daß er sich aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen nicht strafbar gemacht, daß er den Mädchen gegenüber, die ihn in seiner Wohnung besucht haben, keine Künste und keine Überredung habe in Anwendung bringen brauchen, da die Mädchen, die ihm gefagt hätten, daß sie über 16 Jahre alt seien, ohne großes Zureden und teils aus eigenem Antrieb sich ihm angeschlossen und ihre Besuche mehrfach wiederholt hätten. Die Mädchen seien auch keineswegs unbescholtene gewesen. In der Verhandlung am letzten Freitag kam es nach dem „Borm.“ zu einem kleinen dramatischen Zwischenfall. Zunächst fiel die Mutter eines als Zeugin vernommener Mädchen in der Erregung über das Unglück ihrer Tochter in Ohnmacht und erholte sich erst nach kurzer Zeit, um ihre den Angeklagten belastenden Aussagen fortsetzen zu können. Nach ihrer Darstellung war das Mädchen bis zu dessen Bekanntschaft mit dem Angeklagten unbescholtene; es leidet jetzt an Krämpfen und soll nach der Behauptung der Mutter dieses schreckliche Leiden als eine Folge des Verkehres mit dem Angeklagten zurückbehalten haben. Die Tochter selbst bezeugte gleichfalls, daß sie, als sie die Bekanntschaft des Angeklagten gemacht habe, ein unbescholtene Mädchen gewesen sei und mit Männern noch nichts zu tun gehabt habe. Das Mädchen ist inzwischen 16 Jahre alt geworden und mußte deshalb vereidet werden. Vor der Eidesleistung ermahnte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lieber die junge Zeugin in väterlichen Worten, noch einmal sich zu prüfen, ob alles, was sie ausgesagt, auch der Wahrheit entspricht. Das Mädchen erhob die Hand zum Schwur, sprach die ersten Worte des Eides nach, stuchte dann aber, als sie versichern sollte, nichts verschwiegen zu haben. Sie erklärte schluchtern, daß sie tiefen Eid nicht leisten könne. Als der Vorsitzende den Grund wissen wollte, erklärte sie weiter mit leiser Stimme, daß sie das in Gegenwart der im Saale anwesenden Zeugen und ihrer Mutter nicht sagen könne. Der Vorsitzende ließ hierauf die Zeugen auf kurze Zeit hinausgehen und nun kam aus dem Munde des Mädchens das Geständnis heraus, daß es schon vorher Umgang mit Männern gehabt habe. Die Beweisaufnahme gestaltet sich infolge der neuen von der Verteidigung gestellten Anträge so umfangreich, daß die Verhandlung vor Mittwoch nicht zu Ende gehen dürfte.

Steuerfahndung einer Ordnungsführer. Vor der Strafkammer in Ravensburg (Württemberg) hatte sich am vorigen Sonnabend der Mühlenbesitzer Maucher von Schlier wegen jahrelanger fortgesetzter Brandweinsteuerhinterziehung zu verantworten. Maucher betreibt neben einer Mülerei seit Jahren eine größere Frucht- und Kartoffelbrennerei. Das Gericht beurteilte ihn nach erhobener Beweisaufnahme zur Bezahlung von 171 982 Mk. Verbrauchsabgabe, 30 490 Mk. Zuschlag hierzu und 1872 Mk. Brennsteuer, sowie zu mehreren Geld- und Ordnungstrafen von 15 Mk. bis 30 Mk., auch wurde ihm der fernere Brennerbetrieb unterlagt.

Die preussische Gefindeordnung erstrahlte vor dem Breslauer Schöffengericht wieder einmal in ihrer ganzen Blorie. Das 13-jährige Dienstmädchen Pauline Opah hatte am 2. April d. J. ihren Dienst in der Familie des Gymnasialprofessors Weh angebeten, ihn aber am 14. April bereits ohne Kündigung wieder verlassen. Sie hatte dafür einen Strafbefehl über 15 Mk. erhalten und hiergegen Einspruch erhoben. Vor Gericht gab sie an, den Dienst infolge mangelhafter Beschäftigung wieder aufgegeben zu haben. Sie habe wiederholt zwei bis dreimal aufgewärmtes Essen bekommen. Einmal sei dasselbe, es handelte sich um Schnittbrot, bereits sauer gewesen. Sie sei deshalb zu ihrer Tante gegangen, um sich eine Schnitte zu holen. Auch Brot mit Pfaffenmehl habe sie zum Abendessen erhalten. Frau Professor Luise Weh gab als Zeugin an, daß ihr Mann gern aufgewärmtes Gemüße esse. (Ihr Mann! Was kümmert das das Dienstmädchen?) Sie fochte deshalb meistens für zwei Tage. Es gebe dann etwa Mittwoch Schnittbrot, Donnerstag Erdrüben, Freitag aufgewärmte Schnittbrot und Sonnabend aufgewärmte Erdrüben. Sonntag habe sie in diesem einen Falle nicht Schnittbrot auf den Tisch bringen wollen und so sei der Rest der Mittwoch gekochten Schnittbrot dem Mädchen am Montag abend gegeben worden. (Na also! Weshalb ab sie die Gnädige nicht selber?) Ihr Mann habe davon Montag abend ebenfalls gegessen und sie hätten ihm noch sehr gut

Dame verhaftet hatte, welche nach einem Ring forschte, der an derselben Stelle wie die Angelrute gefunden wurde — „War sie die Mörderin?“

„Nein“, nahm hier der Justizrat das Wort. „Aber durch sie erlangten wir Aufklärung über die wahre Persönlichkeit des Ermordeten. Sie selber verweigerte ja jede Aufklärung, aber ihr Bräutigam fand sich selber beim Inspektor Siles ein und enthüllte ihm, um seine Braut zu retten, den Namen, Stand und das mutmaßliche Motiv. Meine Braut, sagte er, muß in irgendwelchen Beziehungen zu dem Toten stehen, die sie sich um meinetwegen scheut, Ihnen zu offenbaren. Man holte die junge Dame herbei, und auf Drängen ihres Bräutigams, eines Ingenieurs mit Namen George Cowler, ge. und sie alles.“ Er nahm ein Aktenstück von dem Tische und aus diesem ein Protokoll.

Das ist die Abschrift des Protokolls, die uns Mr. Siles geschickt hat. Die junge Dame hieß Mathilde Weiß und war — die Tochter des Ermordeten, eines gewissen Bruno Weiß. Dieser, ein Kaufmann, war vor langen Jahren mit seiner Frau und Tochter nach Amerika ausgewandert. Es war ein Zuchtort, ein Mensch ohne Aeu und Glauben. In Liverpool machte er sich heimlich aus dem Staube, Frau und Kind ihrem Schicksal überlassend. Man hörte nichts wieder von ihm, die arme Frau aber arbeitete für sich und ihr Kind und fand später einen Posten als Wirtschaftspräsidentin auf einer großen Besitzung bei Manchester. Ihre Tochter bildete sich zur Gesellschaftlerin aus, als solche war sie in Stellung bei der Mutter des Ingenieurs Cowler, einer sehr reichen, stolzen und eingebildeten Dame. Der Ingenieur verliebte sich in sie und setzte es durch, daß er sich mit ihr verloben durfte, wozu seine Mutter erst nach langem Widerstande ihre Einwilligung gab. Frau Weiß, die Mutter Mathildens, hatte wegen Kränklichkeit ihre Stellung aufgeben müssen, sie zog nach Manchester, um in der Nähe der Tochter zu sein. Wie ein Blis aus heiterer Bläue traf nun die arme Mathilde plötzlich eine Vorhatsch aus Liverpool. Ihr Vater, den beide längst tot und begraben glaubten, meldete sich plötzlich wieder. Er hatte, wie sie später aus seinem Munde vernahm, ein bewegliches und keineswegs einwandfreies Leben hinter sich. Doch mangelten ihm nicht Stunden der Reue und mit zunehmendem Alter erfüllte ihn oft die Sehnsucht nach seinem einzigen Kinde, das er im Glend verlassen hatte. Unter der Hand zog er Erlaubigungen nach dem Aufenthalt und dem Schicksal der Seinen ein, doch schämte er sich, vor sie hinzutreten, er wollte für sie tot und verschollen sein. Wie weitere Recherchen seitens der englischen Polizei ergaben, wurde er, der schon wie-

derholt wegen Betrugs vorbestraft, wegen Beteiligung an einer Beschleissung gesucht. Es handelte sich um eine bedeutende Summe. Weiß hatte die Tat mit einem Komplizen begangen, diesen aber hinterher um den Ertrag des Verbrechens betrogen, indem er mit dem Gelde davonging. Auf der Flucht passierte das Eisenbahnunglück, und fand er die Gelegenheit zu dem Diebstahl an Doktor Harras. Er hielt diesen für tot und glaubte kein großes Unrecht zu begehen. Die Legitimationspapiere kamen ihm trefflich zustatten, er entdeckte, daß sie auf ihn ungefähr paßten und reiste weiter auf den Namen Dr. Harras. Mit Hilfe der falschen Papiere entkam er glücklich auf der „Alabama“ nach England. Schon auf dem Schiffe wurde an ihm ein Mordversuch verübt, auf unerklärliche Weise brachte man ihm Gift bei. Er machte nicht viel aus der Sache, weil er der Meinung war, daß es sein von ihm betrogener Genosse sei, der sich in einer Maske auf das Schiff geschlichen und auf diese Weise an ihm zu rächen versucht habe. Immer fürchtete er die Nachse des Betrogenen, daher zeigte er sich auch noch in Birkenhead sehr ängstlich und vorsichtig.

So nahe seinem Kinde, drängte ihm sein Inneres, nur einmal wollte er sie sehen und an sein Herz drücken. Er schrieb ihr einen Brief, teilte ihr seinen Aufenthalt und seinen Wunsch mit, und bat sie, ihn aufzusuchen. Mathilde Weiß war sehr bestürzt, sie fürchtete einerseits die Aufregung für die fränke Mutter, die den Tod von der Nachricht haben konnte, andererseits war sie überzeugt, daß das plötzliche Wiederauftauchen ihres Vaters, aus dessen Brief zu entnehmen war, daß er einen falschen Namen führte und wahrscheinlich auf der Flucht war, die stolze Mutter ihres Bräutigams zur Zurückziehung ihrer Einwilligung veranlassen würde. Sie brachte es aber auch nicht übers Herz, ihn ohne den Trost ihres Amblids zu lassen. Vielleicht konnte ihre Zusprache bessernd auf ihn wirken. Daher trat sie die Reise insgeheim an, angeblich wollte sie eine Freundin in Liverpool besuchen. Sie sah ihren Vater, und hörte soviel von seiner Lebensgeschichte, daß ihr Entschluß, ihrem Bräutigam und ihrer Mutter die Begegnung zu verheimlichen, immer fester in ihr wurzelte. Sie galt zwar für arm, aber für hochgeehrt, ihre Familie für durchaus ehrenwert: um ihrer Schwiegermutter willen durfte kein Flecken auf ihren Ruf fallen.

Bei dem Zusammentreffen mit ihrem Vater auf einem einsamen Plage verlor sie den etwas locker sitzenden Verlobungsring. Wahrscheinlich streifte sie ihn mit dem Handschuh ab, er fiel herunter und auf eine mit Gras und Moos bewachsene Stelle, sodas kein Geräusch den Verlust verriet. Der Mörder, welcher, um die Gepflogenheiten seines Opfers

kennen zu lernen, dieses insgeheim verfolgte — möglicherweise, um eine etwa sich bietende günstige Gelegenheit so gleich wahrzunehmen — fand den Ring, und als er von der Verhaftung Mathildens hörte, benutzte er ihn, um dem Verdacht gegen sie neue Nahrung zu geben. Mathilde Weiß war untröstlich über den Verlust — vergeblich suchte sie überall nach dem verlorenen Kleinod. Bevor sie noch ihren Vater nach dem Ring ausforschen konnte — ihre letzte Hoffnung war, er habe ihn nach ihrem Weggehen entdeckt — vernahm sie die Nachricht von seiner Ermordung. Alles weitere ist Ihnen bekannt, Herr Baron, da Sie in England waren und alle Stadien der Untersuchung genau verfolgt haben. Sie wissen nun, warum das bemitleidenswerte junge Mädchen den Irrtum nicht aufklärte, warum sie die Welt bei dem Glauben ließ, der Ermordete sei wirklich Doktor Harras und lieber das Odium des Verbrechens auf sich nahm, als ihre Unschuld durch Darstellung ihren Beziehungen zu dem Toten nachwies. Ihre Hoffnung war, der wahre Mörder würde entdeckt und ihre Schuldblosigkeit dadurch auch so offenbar werden.

Glücklicherweise kam ihrem Bräutigam der Einsall, ihr nach Liverpool zu folgen. Verschiedene Andeutungen und die Art, wie sie seinen Fragen auswich, beunruhigten ihn, die Sorge um die geliebte Braut trieb ihn, ihr nachzujessen. Da ergab sich nun, daß die junge Dame ihre Freundin verlassen hatte, um angeblich heimzukehren. Eine große Unruhe bemächtigte sich des jungen Mannes, diese steigerte sich aber zum Entsetzen, als er von der Verhaftung einer Person in den Zeitungen las, deren Äußeres demjenigen seiner Braut vollkommen entsprach. Er verschaffte sich genaue Informationen und war bald über die Identität nicht mehr im Zweifel, den Zusammenhang kannte er nicht, aber seine Vermutungen trafen halb und halb das Richtige, und so ließ er sich herbei, ihr eine schriftliche Botschaft zuzuerichten. Als die Angelegenheit sich jedoch in die Länge zog, sagte er den Entschluß, mit offenem Visier vorzugehen und brach sich zu Inspektor Siles. Die Folge war die Zufreischickung seiner Braut unter völliger Wahrung des Geheimnisses. Denn es lag ebenso sehr im Interesse der Behörde, den Irrtum bezüglich der Persönlichkeit des Toten vorderhand zu bewahren, als in dem der Verlobten. Wie ich aus einem Schreiben des Inspektors neuesten Datums ersehe, ist die Mutter des Fräuleins inzwischen verstorben, ohne durch die Kenntnis des Sachverhalts beunruhigt zu werden, das junge Paar aber getraut worden, sodas von der Bekanntmachung der Wahrheit für beide kein Nachteil mehr zu befürchten ist.“ (Fortsetzung folgt.)

geschmeckt. (4) Auf keinen Fall seien sie sauer gewesen. Das Essen immer übrig bleibe, sei doch ein Beweis dafür, daß immer „reichlich gelocht“ werde (ja, für 3 Tage!) und daß deshalb auch das Mädchen nicht zu hungern brauche. Man könne das gute (aber alte!) Red. Essen doch aber nicht wegwerfen, wenn es „übrig bleibe“. Das Urteil gegen das arme Dienstmädchen lautete trotzdem auf sechs Mark Geldstrafe. Nur wenn ihm die notwendige Kost vorzuzüglich wird, habe das Gefinde ein Recht zum sofortigen Verlassen des Dienstes. Das sei aber hier nicht der Fall gewesen.

Verammlung der Bürgerchaft.

K. Lübeck, 15. Juni 1908.

Schluss.
Zum Senatsantrag betreffend Errichtung von zwanzig neuen Zollaufsicherstellen liegt ein Antrag Thiele vor, der besagt: Diejenigen bisherigen Zollaufsicherstellen, die nichtig sind, sind bei der Anstellung zuerst zu berücksichtigen.

Stellung moniert zunächst, daß im Vorjahre die alten Zollaufsicherstellen gekündigt waren, bevor die Bürgerchaft deren Ergänzung durch jüngere Kräfte beschlossen hatte. Sodann kritisiert er scharf, daß letztere jetzt bereits wieder, nachdem sie etwa ein Jahr im Dienst waren, entlassen werden sollten. Nicht mangelnde Fähigkeiten, sondern das Bestreben, neue Militäranwärterposten zu schaffen, sei anscheinend maßgebend gewesen für die Einbringung dieser Vorlage. Redner geht kurz auf die Dienstverhältnisse der Zollaufsicherer ein und unterzieht sodann das Militäranwärterwesen einer scharfen Kritik. Er fordert Ablehnung des Senatsantrags. Thiele bittet um Annahme seines Antrages.

Schwabroch klagt über zu hohe Zollüberwachungskosten.

Senator Dr. Eschenburg: Die Zollüberwachungskosten werden von Reichswegen geregelt.

Klein erklärt sich gegen die Senatsvorlage.

Lippert schließt sich ebenfalls in längeren Ausführungen dem Standpunkte Kleins an und bittet, die Vorlage abzulehnen.

Senator Dr. Eschenburg: Das Reich bestreitet die Kosten vollständig, Lübeck habe gar kein Risiko.

Freitag unterzieht den Antrag Thiele und bringt Klagen vor über die Gepäckabfertigung der hier ankommenden Dampfer.

Wissell beantragt Kommissionsberatung.

Lippert regt an, eine neue Dienststellung, ähnlich der preussischen Zollverwaltung, einzuführen, um eine zeitliche Pensionierung zu verhüten.

Der Antrag Wissell auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Thiele.

Bei Beratung des Senatsantrages betr. Aufhebung der Freischulen und Staffellung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer stellt Oldenburg den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung und Vertagung der Versammlung.

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und in der nächsten Sitzung als erster Gegenstand behandelt werden.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte fährt die Versammlung fort in der Beratung der Tagesordnung beim Bericht der Kommission zur Prüfung der Eingaben der Landgemeinde Schattin betreffend die Mädelhorstfähre und des Antrages Maack betreffend den Bau einer Fahrbrücke zwischen Wulfsdorf und Worrade.

Der Kommissionsbericht wird angenommen.

Nunmehr steht zur Beratung folgender Antrag von Wissell und Genossen, betreffend Ersuchen an den Senat:

1. der Bürgerchaft eine Vorlage entgegenzubringen, durch welche die der Regelung durch die Landesgesetzgebung vorbehaltenen Ausnahmen von den Bestimmungen des Reichs-Bereinsgesetzes im Sinne größtmöglicher Freiheit für Lübeck gesetzlich sichergestellt werden;

2. vor Erlass der der Landeszentralbehörde zugewiesenen Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Bereinsgesetz die Äußerung der Bürgerchaft einzuzuholen.

Wissell: Der Antrag will nichts anderes, als bestehende Rechte für Lübeck aufrecht erhalten. In Berlin hat die Polizeibehörde alle Tageszeitungen einschließlich der sozialdemokratischen zur Bekanntmachung politischer Versammlungen zugelassen. In Lübeck ist die Behörde nicht so objektiv. Obwohl hier über große Teile der Bevölkerung mit der Haltung des Amtsblattes nicht einverstanden sind, hat man bestimmt, die Versammlungen in dieser Zeitung bekannt zu geben. Dagegen wissen wir uns entschieden zu wenden. Die Mehrheit der Bürgerchaft besteht doch wenigstens dem Namen nach aus liberalen Herren; diese müßten doch unbedingt unserem Antrage ihre Zustimmung geben.

Es wird beschlossen, den Antrag Wissell an den Bürgerausschuß zu überweisen.

Dasselbe geschieht mit dem Antrag von Klein und Genossen: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, den § 4, Absatz 2, Ziffer 4 der Verordnung vom 13. Mai 1908, betr. die Ausführung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, dahin abzuändern, daß an Stelle der Worte „in den Lübeckischen Anzeigen“ die Worte „in einer der in Lübeck erscheinenden Tageszeitungen“ gesetzt werden.

Der Antrag Wissell, welcher besagt, die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage entgegenzubringen, welche die Errichtung eines Wächnerinnenheims vorstelt, wird an den Bürgerausschuß verwiesen.

Der Antrag Lippert: Die Bürgerchaft wolle den Senat ersuchen, ihr die Verfügung des Senates betr. die Auslegung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten, vorzulegen, wird dadurch erledigt, daß vom Senatstische erklärt wird, diesem Ersuchen baldigst zu entsprechen.

Es folgt die Beratung der Eingabe der Frau Pagenström um Gewährung einer Witwen- und Waisenpension.

Wissell: Vor 2 1/2 Jahren hat der Geheimrat Brecht den Antrag an die Bürgerchaft gebracht, die Pensionen der nicht fest angestellten Beamten zu regeln, aber bis heute hat der Senat nicht geantwortet. Die Gründe, welche den Bürgerausschuß bei der Ablehnung des Gesuchs geleitet haben, sind der Bürgerchaft unbekannt; es muß hierüber Auskunft gegeben werden. Redner beantragt, das Gesuch an eine Kommission zu verweisen, welche zu prüfen hätte, ob man nicht auf Grund der langen Dienstzeit des betr. Beamten und in Anbetracht der Nothlage der Hinterbliebenen eine Entschädigung gewährt könne.

Heise, Lippert und Fehling befürworten den Antrag Wissell, während Dr. Vanda und Senator Dr. Eschenburg sich gegen denselben wenden.

Der Antrag Wissell wird angenommen.

Schluss 2 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Ein Schüler in den Tod getrieben. In Berlin hat der Primaner Stender Selbstmord begangen. Aber den Grund zu diesem verzweiflungsvollen Schritte des jungen Menschen lesen wir im „Berl. Lokal-Anz.“: Vor mehreren Wochen hatte der achtzehnjährige Oberprimaner Günter St., der die Luisenstädtische Oberrealschule besucht, eine mathematische Arbeit einem Mitschüler zur Durchsicht gegeben, die dieser ohne Vorwissen des St. abschrieb und für sich verwandte. Diese Unregelmäßigkeit war von dem Mathematiklehrer Professor Faerber bemerkt worden, der später dem Günter St. eine Verwarnung erteilte, während er dem anderen Schüler eine Stunde Arrest gab und einen Zettel in das Klassenbuch schrieb. Professor Faerber hielt es außerdem für notwendig, die Angelegenheit in der Lehrerkonferenz zur Sprache zu bringen. Günter St. hatte seinen Eltern, da der Vater herzleidend ist, von dem Vorgang nichts mitgeteilt, selbst dann noch nicht, als der Direktor am 30. Mai dem Günter St., der von seinem Lehrer als guter Schüler geschätzt wurde und immer gute Zeugnisse gehabt hatte, erklärte, daß die Angelegenheit nicht ohne Einfluß auf sein Abiturienten-Examen sein würde. Am 1. Juni erhielt nun der Vater des jungen Mannes folgenden Brief: „Berlin, den 1. Juni 1908. Geehrter Herr! Ich halte es für nötig (falls es Ihnen noch nicht bekannt sein sollte) mitzutheilen, daß Ihr Sohn Günter sich scharfe Tadel dadurch zugezogen hat, daß er einem Mitschüler seine mathematische Arbeit zum Abschreiben geliehen hat. Dieser Mangel an sittlicher Reife ist bei einem Abiturienten nicht ohne Einfluß auf die Reifeprüfung. Dies zur gest. Kenntnismache. Ich bitte, mir den Empfang dieser Zeilen durch Postkarte baldigst mitzutheilen. Hochachtungsvoll ergebent Dr. Marcuse, Direktor.“ — Herr St. stellte seinen Sohn zur Rede; dieser versicherte, daß er, als er die Arbeit seinem Mitschüler übergab, nicht wußte, daß jener sie abschreiben wolle; er habe ferner die Zurechtweisung des Professor Faerber nicht als scharfen Tadel angesehen können, umso mehr, als eine Eintragung in das Klassenbuch, wie sonst üblich, nicht erfolgt sei. Herr St. suchte am Morgen des 2. Juni den Direktor Dr. Marcuse auf, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. In höflichem Tone teilte er dem Direktor die Auslassungen seines Sohnes mit und fügte hinzu, daß nach seiner Ansicht Günter den schweren Vorwurf, der ihm gemacht sei, nicht verdiene. Nach Angabe des Vaters habe darauf Direktor Marcuse erregt ausgerufen: „Ihr Sohn lügt!“ Als dann Herr St. bemerkte, daß diese Charakterisierung des Sohnes mit dem stets als „lobenswert“ in den Zeugnissen bezeichneten Betragen nicht in Einklang zu bringen sei, habe ihn Direktor Marcuse mit den Worten: „Wird er auch nicht mehr bekommen“, entlassen. Herr St., der jedoch vor allem in bezug auf das bevorstehende Examen seines Sohnes wissen wollte, woran er sei, erhielt dann auf eine dahingehende Frage die Antwort: „Wir helfen ja den Schülern manchmal durch das Examen, aber das wird bei Ihrem Sohn durchaus nicht der Fall sein.“ In großer Erregung ging der Vater nach Hause, wo folgender zweiter Brief des Direktors eintraf: „Berlin, den 2. Juni 1908, S. 14, Dresdener Str. 113. Geehrter Herr! Die weitere Untersuchung betr. Ihren Sohn Günter, die in Gegenwart der ganzen Klasse und des Herrn Professors Faerber geführt wurde, hat ergeben, daß Günter Sie belogen hat. Er behauptet Ihnen gegenüber: Herr Professor Faerber habe ihn gar nicht getadelt. Herr Prof. Faerber hat ihm aber u. a. gesagt: „Es ist sehr unrecht, daß Sie ihr Best einem Mitschüler zum Abschreiben geben; der Fehler ist ebenso schlimm wie der Stehler!“ ufm. Sie werden hiernach ermessen können, was Sie auf die anderen Ausreden, die Günter in dieser Sache gemacht hat, zu geben haben. Hochachtungsvoll Dr. Marcuse.“ — Direktor Marcuse hatte unmittelbar nach der Rücksprache mit dem Vater des St. in der Klasse im Beisein des Professors Faerber eine Untersuchung angestellt, in deren Verlauf er den St. vor der ganzen Klasse einen „Esel“ genannt haben soll. Der junge St. kam völlig gebrochen nach Hause. Am Tage darauf verließ er sein Elternhaus, indem er sich trotz allem Zureden nicht beruhigen konnte. Durch einen herzlichen Abschiedsbrief gab er seine Absicht, aus dem Leben zu gehen, kund.

Über einen angeblich totgeschwiegenen Eisenbahnunfall schreibt K. H. im „Hamb. Fremdenbl.“: Um vielleicht auf diesem Wege etwas darüber zu erfahren, ob der Eisenbahnunfall des D-Zuges Nr. 84, ab Leipzig 10,26 vormittags, ab Salzwedel 2,17, am 1. Juni d. J. auf der Station Schnegga zwischen Salzwedel und Nelzen einer Untersuchung gewürdigt worden ist, erlaube ich um Abdruck folgender Schilderung. Ehe der Zug Salzwedel erreichte, ungefähr kurz vor Passieren der Station Kallehne, bekam unser Wagen Nr. 01778 einen heftigen Ruck — der Schaffner stand gerade vor mir im Korridor — und lief dann wieder ruhig. Der Stoß war so stark, daß meine Handtasche aus dem Gepäcknetz flog und im letzten Wagen sämtliches von den Fahrgästen benötigtes Geschirr zu Boden fiel. Ich sagte zum Schaffner, da müsse etwas am Wagen nicht in Ordnung sein, und daraufhin ließ der Schaffner ihn in Salzwedel untersuchen resp. anrufen. Es beteiligten sich außer dem Stationsvorsteher oder diensttuenden Assistenten ein Zugführer eines anderen Zuges und ein weiterer Unterbeamter. Mit der Bemerkung, daß wir wohl unterwegs etwas überfahren haben, wurde der Zug abgelassen. Beim Passieren der Station Schnegga schlug ich mir die zum Trinken angelegte Kaffeetasse ins Gesicht, infolge des ersten Stoßes beim Entgleisen des Wagens; nach der Nothilfe greifend, lag ich im nächsten Augenblick, ohne meine Absicht ausführen zu können, vor dem Abteil auf dem Korridor. Es war ein fürchterliches Getöse, wie wenn man in ein heftiges Artilleriefeuer kam; die Fenster gingen in Trümmer, die Steine von der Fahrdammbeschotterung flogen umher, eine Staubwolke erzeugend, daß man aus den Fensteröffnungen nichts erkennen konnte. Mittlerweile blieb unser Wagen mit einem Ruck stehen, und nachdem ich die ohrenbetäubend jammernden Damen und Kinder in den nächsten Abteilungen durch den Hinweis beruhigt hatte, daß für uns die größte Gefahr vorüber sei, konnte ich ca. 200 Meter voraus den umgestürzten drittleisten Wagen erkennen, den ich anfänglich für den gesamten Zug hielt. Ich lief, so schnell ich konnte, nach vorn und stieg auf den umgestürzten Wagen, wo fünf Herren beschäftigt waren, die Insassen herauszuziehen, die sich in den Gepäcknetzen festgeklemmert hatten oder auf der Korridorseitenwand lagen. Wunderbar glücklicherweise hatten die ca. sieben Personen nur zum Teil und augenscheinlich nur leichte Verletzungen davongetragen. Es befanden sich in dem Wagen, aus erster und zweiter Klasse bestehend, nur deshalb so wenig Fahrgäste, weil sich die meisten im weiter vorne laufenden Speisewagen aufhielten. Verletzt wurden eine Dame am Fuß und Bein, zwei Herren an den Beinen und die Aufwartefrau am Arm; wie mir erzählt wurde, soll außer einigen Mullbinden nichts im Verbandskasten des Zuges gewesen sein. Nach 1/2ständiger Wespung konnte der vordere Teil des Zuges, bestehend aus zwei Personen- und dem Speisewagen in der Mitte, die Reife forsetzen. Nun male sich jeder das unschätzbare Glück bei diesem Unfall aus. Ein D-Zug entgleist in voller Fahrt mit den letzten zwei Wagen, schleift dieselben ja. 80 Meter mit, beide Schienenstränge total demst-

terend und zerlegt dann die Kuppelung des vorletzten Wagens. Durch den Ruck fliegt der drittleiste Wagen aus den Schienen, stürzt infolgedessen um, wiederum glücklich auf das andere Geleise, und wird, auf der Seite liegend, mit hundert Passagieren noch ca. 200 Meter mitgeschleift, ehe der Zug zum Stehen kommt. Wären die Wagen nach rechts herausgesprungen, so wäre der ganze Zug rettungslos den dort ca. 8 Meter hohen Damm hinuntergerollt, oder passierte das Unglück fünf Minuten früher, so jagte der uns entgegenkommende D-Zug in die entgleisten Wagen. Ich habe bis jetzt in keiner Zeitung auch nur die kürzeste Notiz über den Unfall entdecken können, ebensowenig gehört, wie lange die Strecke gesperrt war; der Hilfszug begegnete uns über zwei Stunden später, kurz vor Nelzen.

Treuendeutsche Wahlagitator. Mit welchem Hochdruck und mit welchen Mitteln die Reichsverbände bei der letzten Landtagswahl in Gotha gearbeitet haben, zeigt folgende Postkarte, die sie an die Holzhauser am Tage vor der Wahl versandt haben:

Gotha, den 21. Mai 1908.
Sehr geehrter Herr!
Von Ihnen allein (!) wird es abhängen, ob der Sieg auf unsere Seite fällt! Bitte opfern Sie die paar Stunden, nehmen Sie noch einige gute Freunde dazu, Versäumnis wird gern vergütet, und holen Sie die sännigen Wähler herbei.
Verlassen Sie unsere gute Sache nicht!
Bitte geben Sie morgen abend noch Depesche!
Mit treuendeutschem Gruß
gez.: Grübcl.

Der „sehr geehrte Herr“, der Holzhauser, vom dem allein der Sieg abhing, hat aber unglücklicherweise rot gestimmt und damit den Sieg für die Sozialdemokratie entschieden. Was doch nicht alles von einer Stimme abhängen kann!

Ein geräuschloses Mordinstrument. Das von Hiram Maxim, dem Sohne des Erfinders des Maximgeschützes, erfundene geräuschlose Gewehr wurde in Newyork vor einer Versammlung der Gesellschaft zur Verhinderung von Grausamkeiten gegen Tiere vorgeführt. Das Gewehr hat den Winchester-Typ bei einem Kaliber von 3,2 Millimeter, der Lauf aber ist verändert und die Geschwindigkeit reduziert. Im Laufe befindet sich ein Schalldämpfer und eine Vorrichtung zum allmählichen Entweichen der Gase. Man hörte beim Schuß nur das Knacken des Schloßes und das Einschlagen der Kugel sowie ein leises Zischen der entweichenden Gase. Maxim arbeitet an einem Gewehrmodell für Militärzwecke, das er im nächsten Monat dem amerikanischen Kriegsministerium vorführen wird. — So macht die Waffentechnik immer größere Fortschritte — zum Schaden der Menschheit. Wann endlich wird die Zeit kommen, wo die planmäßige Abschachtung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird? Wann werden die Völker endlich erwachen?

Eine Porzellanermine. Im Nahrungsmitteluntersuchungsamt (!) der Universität Jena wurde auf Veranlassung des Professors Dr. Müller die Lunge eines verstorbenen Porzellanarbeiters untersucht. In 40 Gramm Asche wurden 0,7348 Gramm Nieselsäure, 0,8524 Gramm Aluminiumoxyd und 0,08888 Gramm Calciumoxyd festgestellt. Die Lunge war so hochgradig mit Mineralbestandteilen durchsetzt, daß sie nur unter großer Gewaltanwendung mit Messer und Schere zu zerkleinern war.

Aber zwei schwere Katastrophen wird wie folgt berichtet: Rotterdam, 13. Juni. Heute aus Batavia eingetroffene Nachrichten bringen Kunde von einer schrecklichen Katastrophe. Am 18. Mai gingen bei einem Sturm unweit Marunda acht Proas (Boote der Malaien) voll Reischnittern und Schnittern nebst Kindern unter. Vierhundert bis fünfhundert Menschen ertranken. In Priok und Silitjing wurden vom Meer am nächsten Morgen Hunderte von Leichen angepökt. — London, 13. Juni. Aus Shanghai wird telegraphiert: In dem Gebirge bei Tschang in China öffnete sich plötzlich mehrere Kilometer langer Schlund und verschlang mehrere Dörfer. Tausende von Familien kamen um. Die Stadt Tschang liegt in der Provinz Hupe am Jangtsekiang. Sie ist seit dem Jahre 1877 dem auswärtigen Handel eröffnet und hat seit 1879 regelmäßige Dampfschiffahrt mit Pantau, woher sie die fremden Waren empfängt. Tschang ist Sitz des deutschen Konsuls Dr. Merkinghaus, der seit ungefähr einem Jahre dort sein Amt versieht.

Genossenschaftsbewegung.

Rabattmarken brauchen nicht eingelöst zu werden, wenn der betreffende Geschäftsinhaber sein Geschäft aufgibt, hat das sächsische Oberlandesgericht in einem Urteil vom 15. Februar 1908 entschieden. Ein Kaufmann gab bei Einkäufen Rabattmarken und ein Sparbuch. Auf letzterem stand: „Dieses Buch, gefüllt mit 500 Sparmarken wird bei Einkauf von Waren mit 5 Mk. in Zahlung genommen.“ Daraus schloß das Gericht, daß der Kaufmann die Einlösung nur dann vornehmen konnte und wollte, wenn er zu gegebener Zeit sein Geschäft überhaupt noch betriebe! Das sei im Klagefalle nicht mehr geschehen, folglich konnte der Mann die Marken auch nicht mehr gegen Waren eintauschen. Ein Eintausch gegen bares Geld sei aber nie zugesichert worden! Demnach braucht auch im Falle eines Verkaufs der Nachfolger des Geschäftsinhabers die Rabattmarken nicht einzulösen. Besser kann die Wertlosigkeit des Rabattmarkenwessens nicht illustriert werden, wenn selbst gerichtlich festgestellt wird, daß die Kunden nur dann ihre Rabatte beziehen können, wenn das Geschäft wirklich noch von der Person, in deren Namen die Rabattmarken ausgeben worden sind, zur Zeit der Einlösung betrieben wird. Wer im Konsumverein kauft, handelt entschieden klüger wie der, der sich im Vertrauen auf die Rabattmarken an Rabattparvereinsmitglieder wendet. Denn seine Rückvergütung bekommt er sicher; er bekommt sie außerdem in bar und zugleich in höherem Betrage, wobei die Waren obendrein zum Tagespreise abgegeben werden.

Gewerbmäßige Händler mit Rabattparvereinsgeschäften. In dem in Nachen erscheinenden „Echo der Gegenwart“ vom 26. Mai wird über eine Versammlung des Rabattparvereins berichtet. In dieser Versammlung erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Er betonte, daß „einzelne Mitglieder der Vergabe der Marken vom Publikum erst aufgefordert werden müssen“, und in der Diskussion wurde an „zahlreichen Beispielen demonstriert“, daß einzelne Mitglieder „zwar die Kunden mit dem Schilde des Rabattparvereins anlocken, aber am Markengeben sich unter den Auglichtlichen Wörwänden vorbeidrieten wolle.“ Das sind alte Beschwerden, die unzertrennlich mit dem Rabattparvereinswesen verbunden sind. Die Händler schlagen den Rabatt auf den Warenpreis, können sie dann die Waren verkaufen, ohne Rabattmarken abgeben zu müssen, so ist ihr Profit um so höher. Es ist daher kein Wunder, daß der Versuch immer wieder gemacht wird, und dagegen helfen alle Beschlüsse der Rabattparvereine nichts.

